

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 80 Pfg.).  
Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Tauhaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 008.

Inseratenpreise:  
Die 7spaltige Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7spaltige Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7spaltige Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. — Die Reklame-Kolonelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauhaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4508 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Neue Putschgefahren! Ein mißglückter Lügenstreich gegen den Genossen Braß.

### An die Arbeiterchaft Deutschlands!

Zu den sozialen Tugenden, die der Klassenkampf im Proletariat erweckt und nährt, gehört vor allem die Opferwilligkeit.  
Sie ist die von einer Klasse so erfordert und beklagt worden, wie von der Arbeiterklasse.  
Und nie wurden so große Anforderungen an diese Opferwilligkeit gestellt, wie gegenwärtig, da wir in die Periode der entscheidenden Massenaktionen um die Eroberung der politischen Macht eingetreten sind. Gleichwohl werden die Anforderungen noch größer werden, da die Massenaktionen und damit ihre Opfer sich häufen.  
Das höchste Opfer für die politische Ueberwindung ist das von Leib und Leben. Ungeachtet sind die Opfer, die allein seit Anfang November 1918 gebracht wurden. Wie die Opfer der Kommune von 1871 sind, auch sie eingeschrieben in dem Herzen des Proletariats. Nie wird es sie vergessen und immer ehrenvoll ihre Gedenken.  
Ungeachtet, aber sicher sehr, sehr zahlreich sind ferner die Opferbliebenen derer, die in den jüngsten Kämpfen aus Anlaß des Kampfes um die politische Macht ihr Leben für die Sache verloren; erschreckend groß ist auch die Zahl der Verwundeten und Bauern an ihrer Heimat, die sie verlassen haben.

Es ist selbstverständlich, in erster Linie die Aufgabe von Reichs- und Gemeindeführern, für die Opfer der einen wie der anderen Partei zu sorgen. Die Vertreter unserer Partei haben unerschrocken auf die Erfüllung dieser öffentlichen Aufgabe hingewirkt. Sie können sich dabei vor allem darauf berufen, daß die Opfer, eine Folge der Niederlage der Reaktion sind und kein materielles Opfer in jedem Umfange dem verletzlichen ist, das die mühen Kämpfer an Leib und Leben gebracht haben. So groß nun die Zahl derer ist, die die Hilfe bedürfen, noch größer war die Dankschuld, die der Revolution werden mußte und weiter geschoben werden muß.  
Dabei müssen wir uns aber eines — so bitter das auch für viele ist — unbedingt klar sein: Auf die Dauer wird die Arbeiterchaft selbst bei größter Opferwilligkeit allein die Hilfe nicht leisten können. Um so mehr, weil der politische Kampf weiter geht und die Zahl der Opfer immer größer wird, kann aber auch, weil noch viele andere Aufgaben zu erfüllen sind, die auch Geldmittel verfordern. Endlich muß auch daran erinnert werden, daß es immer die Auffassung der Kampfbereiten Arbeiterchaft war, es müsse gekämpft werden ohne jede Rücksicht auf Unterliegens und Enttäuschung, denn schließlich wie die. traurigste Notlage ist die Fortexistenz der Lohnsklaverei unter der Herrschaft der Kapitalisten.  
Es entspricht nur der ruhmvollen Tradition des kämpfenden Proletariats, daß in und nach den Kämpfen der jüngsten Vergangenheit überall den Massenmännern im Rahmen des Möglichen geholfen wurde, und es ist selbstverständlich, daß nach Kräften weiter geholfen werden muß.

Am Ruhrrevolver, im Rheinland, wie im übrigen Deutschland, hat man teilweise einen vollen Tagelohn zur Hilfeleistung angewandt. Das muß überall zur Norm gemacht werden, denn geringere Beiträge entsprechen entfernt nicht der Höhe der Summen, die unabweisbar sind.  
Arbeiter, Genossinnen und Genossen! Eure Herzen schwingen höher, als ihr vernahmt, mit welchem Mut eine Schwere und Arter Leben und Gesundheit im Kampfe wider die Feinde des Sozialismus in die Gefahren schmeißen. Führend voran und höchste Empörung erfüllten euch, als die Kunde reichte über die große Zahl eurer Massenmännern, die von einer überheblichen Soldateska nicht nur mißhandelt und gemartert, sondern verblüdet und getötet wurden.  
Recht gilt es, schnellstens den Gefährten die Tat folgen zu lassen.

Recht gilt es auch an den Sammlungen, die überall sofort von den Parteiführern der U. S. V. D. für die Hinterbliebenen der Revolutionen und all die anderen Hilflosigkeiten einseitig werden! Durch eure Solidarität müßt ihr erneut den Beweis erbringen, daß ihr unüberwindlich seid und daß die Zukunft euer sein wird! Ein Hilfswort wie dieses muß organisiert werden. Die Parteileitung der U. S. V. D. hat deshalb sofort diese Organisationsarbeiten geleitet. Die Arbeiter sind überall schnellstens an die Bezirksleitungen der U. S. V. D. abzuführen.  
Berlin, den 14. April 1920.

Zentralkomitee, Sekretariat und Kontrollkommission der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### Neue Kapp-Umtriebe.

Werbungen für Baillumer in Pommern und Berlin.  
Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Aus Borkommen erzählt der Vorwärts, daß die Zeitfreiwilligen dort nicht entlassen worden sind. In Greifswald halten die zeitfreiwilligen Studenten fortgesetzt Werbungen in Scharfzügen und mit Sandgranaten ab. Von einer Entlassung der Balti-

lumer sei gar keine Rede. Der berüchtigte Oberst Bischoff habe kurz nach Ostern in einem Hotel in Greifswald mit einer großen Gefolgschaft von Offizieren gesessen und sich dann öffentlich über seine Pläne unterhalten.

In einer Zuschrift an das Berliner Tageblatt wird ein ähnliches Bild aus Pommern gegeben. Noch nie, heißt es darin, waren soviel Bataillontruppen hier, wie jetzt. Täglich sind Zu- und Abgänge. Auf Befragen erklärte mir ein Trupp, sie würden von einer größeren Stadt zur andern verschoben, als sogenannte fliegende Kompanien. Ein anderer erklärte: Entlassen? Keine Spur! Wir gehen mit voller Ausrüstung aufs Land.

Mitten in Berlin, so z. B. im Bahnhof Zoologischer Garten, haben sich wieder Werkstätten aufgetan, die ganz ungeheuer freiwillig für dunkle Zwecke anwerben.

Eine Meldung aus Beeskow, die dem Vorwärts zugegangen ist, berichtet, daß auch bei dem dort in Garnison liegenden Artillerieregiment vor einigen Tagen Offiziere in Zivil sich eingeschunden hätten, um mit den Führern Fühlung zu nehmen. Es handle sich um entlassene Offiziere, die von Garnison zu Garnison reisten, um für eine Wiederholung des Putsches Stimmung zu machen.

Unter dem Einfluß der reaktionären Kräfte halten die vommerischen Landwirte seit acht Tagen offensichtlich mit ihren Pflichtablieferungen zurück.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Seit heute nacht ist die Wilhelmstraße durch starke Militärposten gesichert. Der Zutritt erfolgt nur gegen Ausweis.

### Reichstagswahlen am 13. Juni?

Berlin, 15. April. Der Sozialistischen Korrespondenz zufolge werden die Wahlen zum neuen Reichstage voraussichtlich am 13. Juni stattfinden.

### Bluturteile der Militärgerichte.

Aus Essen wird gemeldet: Am Dienstag standen die ersten „Münderer“ und „Hochverräter“ auf den Tagen der Essener Revolutionsherrschaft vor dem außerordentlichen Kriegsgericht. Angeklagt waren zwei Arbeiter, die am 2. April in einer Reihe Privathäuser geplündert haben sollen. Das Kriegsgericht verurteilte beide Angeklagte wegen „Münderens und Hochverrats“ zum Tode. Außerdem wurde auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt, ferner wegen verbotenen Waffentragens auf je ein Jahr Zuchthaus.

### Abzug der Reichswehr aus Essen.

Essen, 14. April. (Z. U.) Die hier vor einigen Tagen eingerückten Reichswehrtruppen haben die Stadt zum größten Teil gestern frühlicher Richtung verlassen. Auch der mit ihnen eingetroffene Panzerzug ist gestern wieder abgerufen.

### Englisch-französische Einigung.

Paris, 14. April. Millerand hatte nach der Kammerführung eine Unterredung mit einem Vertreter des Amerikanischen Bureaus, in der er erklärte, der Streit zwischen den beiden Regierungen sei endgültig beigelegt. — Lord Derby hat von seiner Regierung die Weisung erhalten, am Donnerstag wieder an der Völkervertragskonferenz teilzunehmen.

### Die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und den Alliierten gescheitert.

Basel, 15. April. (Z. U.) Aus Paris wird gemeldet: Die in Kopenhagen tagende Verhandlung zwischen Sowjetrußland und den Alliierten hat zu keinem Ergebnis geführt. Der russische Delegierte lehnte es ab, die Schulden des alten Regimes anzuerkennen, und Hoffnungen zu hegen.

### Aufstand in Mesopotamien.

Rotterdam, 15. April. Laut Nieuwe Rotterdamse Courant melden Blätter in Damaskus, in Mesopotamien sei ein Aufstand gegen die Engländer ausgebrochen. Der Bezirk Rut el Amara befindet sich in den Händen der Aufständischen. Die Bewegung habe auch auf die Bezirke Bagdad und Baura übergegriffen.

### Das wahre Gesicht.

Berlin, 14. April.

Die Putschgefahr von rechts ist so groß, daß die Regierung täglich mit neuen militärischen Staatsstreichversuchen rechnet. In dieser Situation aber haben die bürgerlichen Parteien durch ihr Verhalten in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht, daß sie bei einem zweiten, gefährlicheren Staatsstreich von vornherein ihre Front gemäß der Parole: Gegen den Bolschewismus! wählen werden. In dieser Sitzung ging es nicht um Wahlkämpfe allein. Es zeigte sich die klare Front aus den Kampftagen: Klasse gegen Klasse.

Die Rede unfres Genossen Braß schlug alle wahltaktischen Manöver zu Boden. Sie wies nach, daß in Deutschland das Militär den Gang der Politik bestimmt, daß die Regierung dem Einfluß des Militärdrucks und dem Einfluß des militärischen Spieß- und Nachrichtenapparats unterlegen ist. Und er gab gegenüber der Geschichtsklitterung des Reichstagslers eine wahrhaft genaue Darstellung der Vorgänge im Industriegebiet, die nicht nur die Kappisten, sondern auch die nachkappistische Regierung als die Schuldigen kennzeichnete. Die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten wollten nicht hören! Sie markierten Uninteressiertheit. Aber am Regierungstische wurde man immer nervöser, der Reichstagsler ging unruhig hin und her, und Herr von Gilsa, der auffällig neben dem Rednerpult saß und ikonisch höhnischelte, ging flüsternd ab und zu. Die Regierung fühlte, wie unter dem Druck des reichen Beweismaterials die Darstellungen und Vorwände, die die Grundlage ihrer Politik bildeten, wanken und zusammenstürzten.

Der Reichswehrminister wußte nur eine Antwort. Er beschuldigte den Genossen Braß des Landesverrats auf Grund eines läugerischen Telegramms aus einer Quelle, die der Reichswehrminister im selben Atemzuge ja selbst als trüb und gefährlich bezeichnet hatte. Er suchte in vorsichtigen Andeutungen den Eindruck zu erwecken, als ob unreine Genossen aus dem Industriegebiet mit der alliierten Rheinland-Kommission verhandelt hätte, um den Vormarsch der französischen Truppen herbeizuführen, und beschuldigte Braß, daß er der Regierung verweigert habe, das Verhalten der Rechts- und Koalitionsparteien bei diesem Angriff war charakteristisch. Sie tobten und schrien. Rechtssozialisten überboten noch die Deutschnationalen an nationalistischer Entrüstung, und besonders der Abgeordnete Solmann-Köln war es, der sich in Schimpfworten nicht genug tun konnte. Das nationalistische Geschrei sollte die große Schuld, die eben einwandfrei festgestellt worden war, vertuschen.

Aber dieser Absentungsversuch wurde zur bezeichnenden Niederlage der Regierung und der Parteien, die eben in nationalistischen Erhörungen getobt hatten. Vor den ruhigen Darlegungen von Braß verflatterten die Angriffe Gehörs in nichts. Braß stellte fest, daß er mit der Rheinland-Kommission nur über die Unterbringung der Flüchtlinge verhandelt habe, daß er nicht über militärische Dinge und Truppenstärken gesprochen habe, wie die Offiziere der Reichswehr, die mit der Alliierten-Kommission verhandelten, um französisch-englische Waffenhilfe gegen die Arbeiter zu erbitten. Er stellte weiter fest, daß diese Verhandlungen am 7. April stattgefunden haben, während der Einmarsch am 6. April morgens erfolgt sei und ferner, daß er die Korrespondenten der Auslandspresse nur auf das Material verwiesen habe, das in unserer Presse bereits längst abgedruckt und darum auch der Regierung längst zugänglich war. Es war also nichts mit dem Landesverrat. Herr Gehler wurde immer verlegener und die Erkenntnis seines Hereinfallens stand ihm auf dem Gesicht. Die Schreier waren aber gänzlich verstummt und die Solmannier der rechtssozialistischen Fraktion regten sich nicht mehr.

Diese Szenen aber haben eine Klärung gebracht. Nur zu groß ist die Sehnsucht selbst bei einem Teile der rechtssozialistischen Fraktion, abermals Front zu nehmen gegen die klassenbewußte Arbeiterchaft. Jener nationalistische Enttäuschungssturm der Solmannier kam aus innerster Seele. Er zeigte ihr wahres Gesicht.

Der demokratische Justizminister aber war schnell bei der Hand, ein Landesverratsverfahren gegen Braß einzuleiten zu lassen. Die Kapp und Lüttwig und Bischoff laufen noch frei umher, ein Watter, dessen Schuld allenmäßig nachge-

wiesen worden ist, ist noch Persona grata, aber den Genossen  
Brag möchte man schnellstens unschädlich machen.

Inzwischen stellte sich die Schwäche der Regierung immer  
mehr heraus. Der neue Staatsstreich kündigt sich an. Was  
auf ihn folgen würde, das hat unser Genosse Brag an der  
Spitze seiner Ausführungen warnend gezeigt, indem er dar-  
legte:

Die Regierung scheint sich über die Zahl der Reaktionen  
zu täuschen, die an dem Rapp-Putsch beteiligt oder doch stille  
Helfershelfer derselben gewesen sind. Die Ereignisse haben  
bewiesen, daß Rapp und das ihn schützende Militär das  
Kohleneigentum in die Hand bekommen wollten. Sie waren sich  
klar, daß ohne den Besitz der Kohlen ihre Regierung unhalt-  
bar sei. Die arbeitende Bevölkerung hat diesen Anschlag  
zunichte gemacht. In Wahrheit haben die Arbeiter und  
Angestellten des Kohlenreviers Rapp gestürzt und die jetzige  
Regierung gerettet. Diese hat ihnen aus Schwäche und Un-  
fähigkeit übel gedankt. Jetzt haben wir den Zustand, daß  
das Kohleneigentum in den Händen der politisch mißbrauchten  
Truppen ist, deren Führer die Helfershelfer der Reaktion in  
Deutschland sind, mögen sie nun den Namen Rapp oder einen  
andern führen. Dieser Zustand ist unerträglich. Hundert-  
tausende im Industriegebiet stehen nach ihren Erfahrungen  
mit der Reichswehr auf dem Standpunkt, daß, wenn schon  
eine militärische Besetzung der Bergwerke durchaus nicht zu  
vermeiden sei, die Anwesenheit von Truppen der alliierten  
Regierungen dem Wirken der Reichswehr vorzuziehen sei.  
Die Unverschränktheit des Industriegebietes im Westen sei keine  
deutsche Angelegenheit, sie ist eine Sache des Sozialismus  
und der europäischen Menschheit. Unversehrt ist das Gebiet  
nur, wenn die Arbeiterschaft nicht der Rache und der Wild-  
heit der Reichswehr ausgeliefert wird. Mit allen ihnen zu  
Gebote stehenden Mitteln müssen auch die Sozialisten in den  
andern Ländern der Alliierten dafür wirken, daß die Ar-  
beiter des Industriegebietes und mit ihnen die Kohlen-  
und Eisenbestände des europäischen Gesamtgebietes vor Rapp und  
der Reichswehr gerettet werden.

Und diesen Vorstoß gegen links unternehmen Reichs-  
wehrminister und Reichsjustizminister ausgerechnet in einem  
Moment, wo die Regierung selbst Vorsichtsmaßnahmen gegen  
ein erneutes Militärputsch treffen muß — siehe die Mel-  
dung über die militärische Besetzung der Wilhelmstraße —  
wo der Vorwärts einen Ruf zum Wachsamkeit ergehen  
läßt und erklärt, daß an den verschiedensten Stellen Nach-  
richten eingelaufen sind, wonach die kappistischen Vorber-  
eitungen für einen neuen Handstreich eingeleitet haben, der  
schon für die nächsten Tage geplant sei. Das Organ der  
Rechtssozialisten verrät dabei starke Unruhe über die Tätig-  
keit der Regierung. Bei dem „festen Zugreifen“, der „Auf-  
bietung aller Mittel“, um die verfolgten Verbrecher zu fassen  
und die Reorganisation der bewaffneten Kräfte so schnell  
als möglich durchzuführen, lasse sich immer noch in vieler  
Beziehung die notwendige Entschiedenheit vermissen. Der  
Vorwärts soll die Schuld an der mangelnden Entschieden-  
heit dort suchen, wo sie wirklich liegt: in der Koalition  
mit den bürgerlichen Parteien, die als Brems-  
sack jeder ersten Aktion gegen die Gegenrevolution wirkt  
und ihr Widererstarken möglich macht. So sitzen noch sehr  
viele verkappte Kappisten in wichtigen Regierungsstellen  
und bewußte Feinde der Republik befehligen die Reichswehr,  
wenn auch einige der am meisten bloßgestellten Generale  
entlassen sind.

Über den neugeplanten Putsch macht die Frei-  
heit u. a. folgende wichtigen Angaben: Die Organisatoren  
sind die Verbrecher vom 13. März. Die Herde der Ver-  
schwörung sind in Pommern, Mecklenburg, Ostpreußen und  
Schlesien. Dort sind alle verfassungstreuen Soldaten ent-  
lassen und dafür werden fortgesetzt Offiziere und Studenten  
kappistischer Gesinnung neu angeworben. Den Kern bilden  
auch diesmal wieder die Baltikumer mit der Eisen-  
nen Division, dem Hochverräter Bischoff an der Spitze,  
dazu die Freikorps, vor allem die Marinebrigaden  
Ehrhardt und Löwenfeld. Die Potsdamer  
Garnison, Jüterbog und Jossen, wo noch viele Balti-  
kumer weilen, haben Mithilfe zugesagt. Auf pommerschen  
und mecklenburgischen Gütern sind große Waffenlager  
und Flugzeugparks; Pferde und Wagen sind von  
den Junkern zur Verfügung gestellt worden. Der Putsch  
soll vom Lande aus beginnen und dann Berlin zer-  
nieren und zur Übergabe zwingen.

Mit den Führern der Arbeiterparteien soll  
Luze der Putsch gemacht werden. Ihre Adressen hat der  
Nachrichtendienst des Korps Lütkwisch im Verlaufe des ersten  
Revolutionsjahres unter den Augen Kosses so sorgfältig an-  
gelegt, daß über jeden Führer ein genauer Bericht vorliegt.  
Ansammungen auf den Straßen sollen durch Gasom-  
ben von vornherein verhindert werden. Blau- und Gelb-  
kreuz-Gasbomben sind dazu bereitgestellt. Die Verschörer  
wollen eine starke Mithilfe des Bürgertums durch systema-  
tische antisowjetische Propaganda, eventuell  
durch Provokation der Arbeiter zum Aufstand, erzielen. Der  
genaue Zeitpunkt des Putsches ist noch nicht festgelegt.

In der Rede des Reichswehrministers in der National-  
versammlung vom Mittwoch heißt es, daß ein Haftbe-  
fehl gegen den Kapitänleutnant Ehrhardt er-  
lassen worden sei, daß er aber noch nicht ausgeführt werden  
konnte. Dabei ist dieser Tage gemeldet worden — von bür-  
gerlichen Blättern, wie das Leipziger Tageblatt — daß  
Ehrhardt Abschiedsbefuche in Begleitung mehrerer  
Offiziere im Reichswehrexkommando und in der Ab-  
miralität zu Berlin gemacht hat. Keine der „Stützen  
der Republik“, die in diesen Ämtern sitzen, hat einen Ver-  
such gemacht, den stöbernd verfolgten Hochverräter fest-  
zunehmen. Das konnte der Reichswehrminister doch wohl  
wollen! Hat er gegen die Schuldigen, die den Hochverräter  
laufen ließen, schleunigst bei den Gerichten Strafverfahren  
beantragt? Bis jetzt verlautet nichts davon.

### England über einen neuen Rapp-Putsch.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)  
Einem Vertreter des Berliner Tageblatts gegenüber er-  
klärte der britische Geschäftsträger in Berlin, Lord Ri-  
manock: „Ich bin überzeugt, daß ein neuer militärischer  
Putsch die größte Enttäuschung in England hervorrufen und  
daß die britische Regierung ihn auf das entschiedenste zurück-  
weisen würde. Jede Möglichkeit, die dafür bestehen kann,  
daß Deutschland Hilfe durch Lieferung von Lebensmitteln  
und Rohstoffen oder durch Kredite erhalten könnte, würde  
durch irgendwelche Gewalttätigkeiten, von woher sie auch komme,

zerstört sein. Die Erklärungen, die ich in diesem Sinne am  
19. März herausgegeben habe, sind von meiner Regierung  
genehmigt worden. Man braucht nur die englischen Zei-  
tungen während der Zeit des Rapp-Putsches gelesen zu  
haben, um zu wissen, daß jeder Versuch, ein reaktionäres  
Regime aufzurichten, von der öffentlichen Meinung Eng-  
lands aufs schärfste verurteilt werden würde.“

### Die Säuberung der Beamenschaft.

Berlin, 15. April. (Eigene Drahtmeldung der L. B.)  
Von der Absicht einer höchst eigenartigen Ernennung weiß  
der Vorwärts zu berichten. Es ist demnach geplant, den  
deutschnationalen Dr. Augustin, geheimen Regierungs-  
rat und vortragenden Rat im Reichsernährungsministerium,  
zum Ministerialdirektor zu machen. Dieser Dr.  
Augustin ging während des Putsches bei der Rapp-Re-  
gierung aus und ein und kam dort für den Posten eines  
Unterstaatssekretärs in Frage. Er soll damals auch einen  
Ausweis der Rapp-Regierung benutzt haben.

### Der Erfurter Skandal.

Die Erfurter Tribüne erscheint endlich wieder ohne weiße Flecken.  
Die Vorzensur ist aufgehoben. Aber nicht ohne daß das Militär  
noch einmal bewiesen hat, daß es sich den Zeigeln um die Willkür  
klammert. Der Oberpräsident für Thüringen, Göttinger, hatte die  
Aufhebung der Vorzensur verfügt, und das mit vollem Recht, da diese  
Maßregel rechtswidrig verhängt worden war; sie durfte nur im  
Einverständnis mit dem Justizminister angeordnet werden. Der  
Militär-Bezirksbefehlshaber für Erfurt aber, ein Albert v. Gelle, er-  
klärte, daß der Oberpräsident zu der Aufhebung der Vorzensur nicht  
berechtigt sei und wollte sie weiter ausüben lassen. Die Redaktion der  
Tribüne hat ihm darauf erklärt, daß sie ihre Artikel, gestützt auf  
die Anordnung des Oberpräsidenten, nicht mehr dem Zensur vor-  
legen werde. Nun sah der Herr Albert endlich ein, daß er den Müd-  
er zum Antritte müße. Am aber die militärische Autorität ungeschwächt  
zu erhalten, beantragte er einst bei der Reichswehrbrigade in Kassel  
die Aufhebung der Vorzensur und ließ dann der Redaktion der Tri-  
büne, als der Druck des Blattes schon begonnen hatte, noch schleu-  
nigst die Aufhebung der Vorzensur durch das Brigadefeldkommando tele-  
phonisch mitteilen.

So war die „militärische Autorität“ gerettet. Der Fall sieht  
lächerlich aus, hat aber sehr ernste Bedeutung. Er zeigt, daß das  
Militär vor seinen Übergriffen zurückfährt, sobald ihm nur ein  
Stück ausübender Gewalt anvertraut wird. Deshalb ist es die drin-  
gendste Aufgabe, das Militär in seine Schranken zurückzuzwingen.  
Der Belagerungszustand muß, wo er noch besteht, sofort aufgehoben  
werden!

### Die Börsen-Panik.

Die Bekanntmachung der Reichsregierung, daß diejenigen Pa-  
piere, die laut Friedensvertrag an die Siegermächte des Friedens-  
vertrages von und abgeliefert werden müssen, zu einem Kurse be-  
schlagnahmt werden sollen, rief vor dem 10. Januar 1920 notiert  
worden ist, hat an den Börsen die heftigste Aufregung zur Folge ge-  
habt. Ein großer Teil der deutschen Börsen mußte geschlossen wer-  
den. Beschlagnahmungen, ja tätliche Mißhandlungen der Börsen-  
stände, Brandstiftungen, waren an der Tagesordnung.

In Berlin ist am Montag die Schließung der Börse nach  
tumultuösen Szenen erzwungen worden. „Mitglieder der Börsen-  
vorstände, darunter hochangesehene Berliner Bankiers“, die zu be-  
schlagnahmten Papieren suchten und einzelne Aktien angegriffen.  
Einem bekannten Kommerzianten wurde von der revolutionären  
Menge der Putz vom Kopf gestochen. Die vereinbarten Käufer wur-  
den teilweise mit Gewalt aus den Schranken entfernt. Die Kurs-  
tafeln wurden auf die Erde geworfen und einzelne Besondere, die  
die größtmöglichen Ausschreitungen verhindern wollten, wurden aus-  
drücklich aus der Börse gestochen. Dem Protokollführer wurde das  
Protokollblatt zerrissen und vor die Füße geworfen. Ein Teil des  
Inventars des Zimmers, in dem die Devisennotierungen vorgenom-  
men werden, wurde zertrümmert. Auf eine Ansprache des Kom-  
merzianten Schlieffner, daß „im Interesse des Vaterlandes“ die  
Devisenkurse notiert werden müssen, wurde mit dem Geschrei beant-  
wortet: „Nein, wir wollen demonstrieren! Das Ausland soll auf  
diese Schmeicheleien aufmerksam werden!“ Die Spekulationen,  
die sich veripult haben, die ihre Gewinne auf Kosten des Reichs  
zu machen hoffen, bangen um ihr Geld und das geht ihnen über  
das Interesse des deutschen Vaterlandes“. Sie verhinderten die  
amtliche Devisennotierung, weil sie die Mißwirkung der Fesslung  
der deutschen Valuta auf den Stund ihrer Papiere fürchteten. Das  
sind dieselben Kreise, die sonst nicht genug über die Vaterlandslosig-  
keit der deutschen Arbeiter zu jetern wissen.

Die Ereignisse der Börsenpanik kann die Arbeiterschaft  
überhaupt sehr kalt lassen. Die Elemente, die sich nicht gescheut haben  
eine wilde Spekulation gerade in denjenigen Papieren zu unternehmen,  
von denen sie erwarteten, daß die Reichsregierung sie zu hohem Kurse  
zum Zwecke der Ablieferung werde ankaufen müssen, haben heute  
keine Ursache, sich über das Scheitern dieses verheerenden Betrugs-  
manövers zu beklagen. Die Regierung aber kann nicht schuldlos ge-  
sprochen werden, sie hat durch ihr bisheriges Stillschweigen die  
Ausbildung und die fruchtbare Spekulation in jenen Papieren ge-  
fordert. Hätte sie durch Warnungen der Öffentlichkeit mitgeteilt,  
daß die Spekulation in diesen Papieren wertlos sei, da die Reichs-  
regierung die Entgegennahme zu einem Kurse vornehmen werden, die  
durch die Spekulation unberührt sei, so hätte sie die schwere Er-  
schütterung der deutschen Börse verhindern können. Die Ursachen  
für dieses Stillschweigen der Regierung liegen tiefer. Sie liegen in  
der Unfähigkeit der Regierung, irgendwelche Pläne oder auch nur  
Anschätze für die künftige Gestaltung des deutschen Wirtschafts-  
lebens zu skizzieren. Die Regierung schweigt sich im Parlament wie in  
der Presse über die Gestaltung der deutschen Wirtschaftswirtschafts-  
politik, die zu erstehen sind und in denen so elementare Erscheinungen  
„als gerade in diesen Tagen bemerkbar werden, daß die Regierung  
alle Ursache hätte, der Öffentlichkeit nicht nur von dem ihr befannten  
Zustandsmaterial Mitteilung zu machen, sondern auch ihre An-  
sicht über die künftige Gestaltung der Wirtschaftspolitik zu äußern.  
Das Schweigen der Regierung bedeutet die Unfähigkeit gegenüber  
den großen bestehenden Schwierigkeiten im wirtschaftlichen Leben.“

### Streik der Richter in Oberschlesien

Aus Deutschland wird gemeldet: Anlässlich der Ausscheidung des  
Ersten Staatsanwalts streiken die hiesigen Richter seit Montag. Alle  
Termine wurden ausgesetzt. Ebenso streiken alle mittleren und  
unteren Justizbeamten des Landes und Justizbediensteten. Nach  
der Oberschlesischen Zeitung trat man mit den übrigen ober-schlesischen  
Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Justiz-  
beamten des ganzen Abwehrungsgebietes herbeizuführen.

### Sympathieumgebung der Postbeamten.

Berlin, 14. April. Die Vertreter der Postbeamten des Ab-  
wehrungsgebietes billigen das Vorgehen der Justizbeamten, mit  
denen übereinstimmend sie fordern: Unantastbarkeit der Beamten-  
eigenschaft und sofortige Aufhebung aller Verordnungen, die die Verbin-  
dung der ober-schlesischen Beamten mit dem Mutterlande beschränken  
oder verhindern. Sollte das Vorgehen wirkungslos sein, so werde  
die Postbeamtenchaft selbstständig durchgreifende Maßnahmen be-  
greifen.

### Drohender Eisenbahnerstreik in Oberschlesien.

Kattowitz, 15. April. U. Die interalliierte Kommission für  
Oberschlesien hatte eine Verfügung erlassen, wonach in Zukunft  
im Eisenbahndirektionsbezirk Kattowitz neben der deutschen auch  
die polnische Sprache als Amtssprache zugelassen sei, daß außer-  
dem auch polnische Beamte in den Betrieb aufzunehmen seien.  
In einer gestern im hiesigen Eisenbahndirektionsgebäude abge-  
haltenen gemeinsamen Versammlung von Beamten der Eisenbahn  
wurde beschlossen, sofort den gesamten Eisenbahnbetrieb einzustellen,  
wenn die Exzente ihre Verordnung nicht zurücknehme. Der ge-  
plante Streik ist zugleich eine Protestaktion gegen den immer  
drückender werdenden Nachdruck der Entente.

### Von einem französischen Soldaten erschossen.

Berlin, 14. April. Ueber einen Zwischenfall in Oppeln wird der  
Voss. Zig. berichtet: Ein französischer Soldat erschoss den Bahn-  
wärtner Placet und verwundete den Bandbeamten Kurek. Die Gewer-  
schaften und Bahnbeamten nahmen in einer Versammlung zu diesem  
Vorfall Stellung.

Oppeln, 15. April. Wegen der durch die Erschießung des  
Eisenbahnaltersvorsitzers Placet hervorgerufenen Zusammenstöße  
mit französischem Militär ist der verstärkte Belagerungszustand  
über Oppeln verhängt worden.

### Generallstreik in Eupen und Malmedy.

Köln, 14. April. Wie der Volksfreund erfährt, ist heute vor-  
mittag der Generallstreik in Eupen, Malmedy und Moushan ausge-  
brochen. Der Streik richtet sich gegen die wirtschaftlichen Maßnahmen  
der belgischen Regierung in Eupen und Malmedy und gegen die Ab-  
tretung der Monchener Bahnen an Belgien. Die ganze Beamten-  
schaft, mit Einschluß von Post und Telegraphen, streikt. Ueber die  
haltung der Eisenbahner ist noch keine Entscheidung getroffen.

### Deutschland.

#### Beabsichtigte Entwaffnung der badischen Einwohnerwehren.

Karlsruhe, 14. April. (U.) Das badische Ministerium des  
Inneren hat auf Grund des Vorgehens der Entente die Entwaff-  
nen angeordnet, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen den  
örtlichen Polizeibehörden zu übergeben. Ueber die Zukunft der  
Einwohnerwehren schweben noch Verhandlungen. Das Vorgehen  
des Ministeriums des Inneren, so heißt es in der amtlichen Ver-  
öffentlichung, wird von dem Gesamtministerium gebilligt, das die  
Verantwortung für die Gefahr von Repressalien nicht über-  
nehmen kann.

#### Die bayerischen Bauern gegen die Auflösung der Einwohnerwehren.

München, 14. April. (U.) Die bayerischen Bauernparteien  
haben bei der bayerischen Regierung gemeinsame Schritte getan,  
damit dieselbe der Aufforderung der Auflösung der Einwohner-  
wehren mit allen Mitteln entgegenstreite. Die Bauern fordern auf,  
unter keinen Umständen sie abzugeben.  
Was wird nun die Regierung tun, um die Durchführung ihrer  
Anordnungen zu erzwingen?

#### Renaudel in Berlin.

Der N. Berl. Zig. zufolge ist der Führer der französischen Rechts-  
sozialisten Renaudel in Berlin eingetroffen. Renaudel ist mit den  
währenden Persönlichkeiten beider Fraktionen der deutschen Sozial-  
demokraten in Verbindung getreten.

### Kleine Auslandsnachrichten.

#### Der Kongress der zweiten Internationale.

Am 12. April. Der Sekretär der Arbeiternationale erläßt  
eine Einladung zum 11. internationalen sozialistischen Arbeiterkon-  
gress, der am 31. Juli in Genf eröffnet wird. Die Tagesordnung  
umfaßt folgende Punkte: Frage des internationalen Zusammen-  
schlusses, internationale Politik, Friede und Völkerbund, Demokratie  
und Diktatur, Sozialisierung, politisches und soziales Regime, Ar-  
beitergesetz, Kolonialpolitik, Ein- und Auswanderung.

#### Der Generallstreik in Irland.

Amsterdam, 14. April. Dem Telegraf zufolge beträgt die Zahl  
der Ausständigen in Irland etwa eine Viertelmillion. In der Nacht  
zum 18. wurde in der Grafschaft Donegal eine Polizeikaserne durch  
Explosion zerstört.

London, 14. April. (Reuter.) Abend eingetroffene Telegramme  
melden, daß in Munster, Leitster und Connaught dem Streikbefehl  
offenem Folge geleistet wurde. Aufständlungen werden nicht  
berichtet.

#### Hungerstreik in Dublin.

Im Mountjoy-Gefängnis in Dublin sind die politischen Ge-  
fangenen in den Hungerstreik getreten. Am Unterhaus erklärte  
Bonar Law im Laufe der Debatte über den Hungerstreik und bei  
Generallstreik in Irland, die Regierung werde ihre Haltung keines-  
falls ändern. Die Gefangenen seien unter dem dringenden Verbot  
der Beteiligung an Mordtaten verhaftet. Der Schutz der Bürger  
und die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung würden unmit-  
telbar, wenn die Gefangenen freigelassen würden, weil sie zum Hun-  
gerstreik übergingen.

### Nationalversammlung.

Berlin, 14. April.  
Präsident Ehrenbach teilt mit, daß der deutsche Bevollmächtigte  
gegen das Verhalten der Interalliierten Kommission in Ober-  
schlesien Einspruch erhoben hat, weil den deutschen Abgeordneten die  
Mitsprache verweigert wurde. Die Alliierte Kommission hat erklärt,  
daß sie von ihrem Standpunkt nicht abgehen könne. Es wird daher  
Beschwerde beim Obersten Rat in Paris eingelegt werden.

#### Die politische Aussprache.

wird darauf fortgesetzt.

#### Abg. Brag (U. Soc.):

Der Reichskanzler ist am Montag gegen den französischen Mil-  
itarismus zu Felde gezogen, hat aber dabei vergessen, daß im eigenen  
Land der Militarismus nicht, wie er erklärte, niedergebrosen, son-  
dern nach wie vor seine Macht ausübt. Dieser deutsche Militarismus  
ist ja von der Koalitionsregierung im letzten Jahre gut genährt  
worden. (Sehr wohl! bei den Unabg.) Wenn der Reichskanzler über-  
haupt in der Lage war, für die jetzige Regierung eine Erklärung ab-  
zugeben, so verdankt er das der organisierten Arbeiterschaft des  
Reichsterritoriums. Hunderte und Aberhunderte der besten ihrer  
Leben gelassen im Kampfe gegen die Reaktion. Ich habe mit Ver-  
dauern in den Ausführungen des Ministers ein Wort des Dankes  
für diese Helden vermisst. (Große Unruhe bei der Mehrheit.) Im  
Namen des deutschen Proletariats spreche ich an dieser Stelle den im  
Kampfe gefallenen unsere besten Dank aus! (Beifall bei den U. Soc.)  
Im Interesse der schlesischen Wahrheit muß festgestellt werden,  
daß die Kämpfe im Industriegebiet durch die militärische Erhebung  
der Militär- und Konaristen entstanden sind, und es ist ein auf-  
gelegter Schwund derselben Krise, wenn jetzt von ihnen behauptet  
wird, daß seitens der Drahtzieher von links ein Putsch vorbereitet  
worden sei. Die bürgerliche Presse, an der Spitze wie immer die  
Reaktionäre Zeitung, verbreitete eine Schamernachricht nach der anderen,  
um eine Vorurteilsbildung zu erzeugen. Die Berliner Volkzeitung

hat durch die Veröffentlichung des Professors Kern nachgewiesen, daß diese Parole gegen den Bolschewismus auch von den Vertretern der früheren Regierung verbreitet worden ist. Die Putschisten waren sich klar darüber, daß ohne den Beistand der Kasse ihre Regierung unhaltbar war. Die arbeitende Bevölkerung hat ihren Anschlag auf das Industriegebiet zunächst gemacht; in Wahrheit haben die Arbeiter und Angestellten des Kohlenreviers die Regierung gestürzt und die jetzige Regierung gerettet. Jetzt befindet sich das Kohlengebiet in den Händen der politisch mißbrauchten Truppen, deren Führer die Träger der Reaktion sind. Wegen Rapp oder andere die Führer sein, dieser Zustand ist unerträglich. (Zustimmung bei den II. Sez.) Und wir stehen nach den Erfahrungen mit der Reichswehr auf dem Standpunkt: wenn schon ein militärischer Schuß der Bergwerke nicht zu vermeiden ist, dann ziehen wir die Anwesenheit von Truppen der allerersten Regierung der Anwesenheit der Reichswehr vor. (Beifall bei den II. Sez. — Große Unruhe bei der Mehrheit.) Denn es handelt sich nicht um eine Angelegenheit Deutschlands, sondern der ganzen Menschheit. Mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln mögen auch die Sozialisten der andern Länder dafür wirken, daß die Arbeiter des Industriegebietes und mit ihnen Kasse und Oßen des europäischen Gesamtgebietes vor Rapp und der Reichswehr gerettet werden. (Anhaltende Unruhe.) Über die Regierung schließt sich nicht darüber klar zu sein, daß die Putschisten ihre Sache keineswegs verloren geben, und sie besetzt den alten Fehler, das Militär mit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu betrauen. Dieses kann wie bisher die Arbeiterschaft niederhalten und einen neuen Putsch vorbereiten. Der Märzputsch war von langer Hand vorbereitet. Auch hierüber geben die Erklärungen von Professor Kern interessante Aufschlüsse. Heute hat gut gearbeitet, und wenn es zutrifft, was Kern sagt, daß Nothe in den Tagen des Putsches geküffert hat, er sei von den Offizieren hintergangen worden, zum zweitenmal sagte die Marine Deutschland ins Unglück, am liebsten würde er sich erklären, so würde man wenigstens feststellen, daß Nothe endlich begriffen hat, was er vor den Offizieren hinter Licht geführt worden ist. Mit Hilfe der vorigen Regierung wurden im Osten die Panduren bewaffnet, weil sie sagten, sie fürchteten sich vor einem kommunistischen Putsch; in Wahrheit wollten sie Waffen in die Hand bekommen, um gegen das Protektorat vorzugehen. Bei ihnen hatte man auch die Ehrhardt'sche Marinebrigade stehen. Ebenso waren im Ruhrgebiet schon die drei Korps Schula, Blücher und Scharf zur Verfügung gestellt. Die angeblichen launen vorbereiteten Pläne der Kommunisten haben dagegen niemals bestanden. Von Württemberg wurden ganz besonders im westlichen Industriegebiet Agenten in sehr großer Zahl unterhalten, die sich zum Teil als Offizierskreise zusammenschlossen. (Hört, hört!) Die sich in die kommunistische Partei aufnehmen lassen (Hört, hört!) und dort zu den wahnwüthigen Putschern auferufen haben. (Bewegung.) Am 13. März der Putsch in Essen bekannt wurde, hat die ganze Aktion planmäßig eingeleitet. 1 1/2 Stunden nach dem Einlaufen der ersten Nachricht von Rapp verließ er seinen Truppen zu einer Parade und hielt die schwarzweisse Fahne. (Hört, hört! links.) Am 14. belegte er in Remscheid bereits das Volkshaus mit 40 Mann und wollte um Unabhängigkeit verhandeln, konnte und aber nicht finden. Es folgte dann im Westen die Bekanntmachung des Generals v. Watter. Wenn sich die Regierung diesen Erfolg antrüblich angeschlossen hätte, hätte sie zu-ber Erkenntnis kommen müssen, daß sie etwas anders beabsichtigte, als sich auf den Boden der Verfassung zu stellen, sondern daß Watter sich alle Möglichkeiten offen hielt. Man war sich im Westen überall einig, daß diese zweifelhafte Stellungnahme die Situation im Industriegebiet geschleichen hat, und Minister Giesbert hat sich davon selbst überzeugen können. Aber man wachte nicht gegen Watter zu unternehmen, weil man fürchtete, das Offizierskorps könnte sich hinter ihn stellen und die Reichswehr im Industriegebiet auseinanderfallen. Watter hat dann den Befehl zur Besetzung des Ruhrgebietes durch Blücher gegeben, das ist nicht mehr wegzutun. Severing hat gegen diesen Einmarsch öffentlich protestiert und die Verantwortung abgelehnt; das ist das berühmte Zusammenarbeiten mit dem Reichskommisssar im Ruhrgebiet. Und als der Vormarsch nicht aufhalten war, kamen am 15. und 16. die Zusammenkünfte mit der Arbeiterschaft, in denen das Korps Blücher entwaffnet und fast völlig aufgegeben wurde. Dieses Korps hat also erst den Arbeitern die Waffen in die Hand gegeben. Den Beweis, daß die Arbeiterschaft vorher bewaffnet gewesen ist, werden Sie (nach rechts) niemals erbringen. Im Wuppertal wurden die Truppen gleichfalls zurückgebrängt und die Arbeiterschaft nahm dann am 16. März den Kampf gegen das Korps Blücher auf. Dieser rief die Freiwilligen und die Einwohnerwehren auf, die alsbald zwei Arbeiter ermordeten. (Hört, hört!) Da war die ruhige Arbeiterschaft geradezu zum Kampfe gekommen, und die Erregung der Bevölkerung steigerte sich unheimlich. Daß bei Einzelnen der Gehalts an die Rückblitter auf- tauchte, ist selbstverständlich bei dem Druck, der auf der Arbeiterschaft lastete. Erst als die Sache der Militäristen verloren war, wurde die Gefahr des Bolschewismus von ihnen in den Vordergrund gerückt. Wer es soll ihnen nicht gelingen, die hinterlassenen Spuren zu verwischen. Um die gründliche Vorbereitung des Putsches zu beweisen, verliest der Redner den Bericht eines Leutnants Herwig über die Vorgänge vor, während und nach dem Putsch und zahlreiche andere Material. Am demselben Tage, wo Watter das Vertrauensvotum von Ober und Bauer bekam, erhielt er einen Befehl, wonach die Tage in Berlin und im Reich ungehörig sei und er sich darauf beschränkte, Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten; für die Verfassung tat er nichts. Selbst am 18. noch verpflichtete er sich nur, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuhalten. Die Verbindung zwischen den Volksteilnehmern im Osten und der Reichswehr im Westen geht ebenfalls aus den Dokumenten hervor. Blücher ist z. B. am 8. März in Berlin gewesen, um den Putsch vorzubereiten. Aus einem Briefe geht hervor, daß Watter gleichfalls vollständig im Bilde war. Ruhow, der Empfänger dieses Briefes, wandte sich daraufhin direkt an Watter und schrieb ihm: „Die Aktion wird bis spätestens 16. d. M. vor sich gehen. Mein Korps ist dazu unbedingt in Berlin erforderlich. Sein Abtransport aus dem Rheinland muß deshalb sofort von Ihnen befohlen werden, ohne vorher in Prüfung zu treten mit dem Reichswirtschaftsrat, da sonst zu viel Zeit verloren geht und die Genehmigung sehr fraglich ist.“ Das zeigt, aus welchen Motiven die schwankende Haltung Watters entspringt. Das letzte Wehrkreiskommando hat seine Haltung erst geändert, als sich herausstellte, daß die ganze Aktion verloren war. Dann wurde die Parole gegen den Bolschewismus ausgesprochen. Ein großer Teil der Arbeiter hat die Waffen nach dem Scheitern des Abkommens nicht abgegeben, weil sie fürchteten, durch die Verbündungen sollten sie bloß hingerhalten werden, damit die Reichswehr Zeit gewinnt. Trotzdem muß festgestellt werden, daß der Zentralrat und die Volkskommission sich dem Abkommen gefügt haben. Wer die Regierung hat die Ausführung ihres Willkürs dem General v. Watter übertragen! Und sein Willkür hatte nur den Zweck, daß es die Arbeiterschaft nicht annehmen konnte, damit man gegen diese vorgehen konnte. (Beifall bei den I. und II. Sez.) Die Regierung hat das ja selbst eingeschätzt; da sollte sie doch endlich auch sehen, daß Watter unabhänglich ist. So bemüht sie sich die Bevölkerung eine Wankstimmung und die Befehlsbefugnisse wurden immer härter durch die Schuld des Militärs; wir wissen ja, wie dieses solche Abkommen behandelt, die die Regierung schließt. In der Nacht vom 1. zum 2. April wurden auf der ganzen Front die kämpfenden Arbeiter zurückgebrängt. Aber die Reichswehrtruppen brauchen das Abkommen, solaten ihnen nach und verwickelten die zurückgebrängten Arbeiter in Kampfhandlungen. Am 1. April noch hat die Reichswehr nach dem einwandfreien Ruin des ihrer eigenen Führer den Kommarsch fortgesetzt und dadurch das Scheitern des Abkommens gesichert. Es ist eine schamlose Täuschung, daß an der Sommerfront die Arbeiter weitergebrängt hätten. Nur die Reichswehr hat den Kampf immer wieder entfacht. Dafür haben wir eine Fülle von Material. Die Behauptung der Reichskasse, daß die verantwortlichen Führer meiner Partei den Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet verlangt hätten, ist durchaus unwahr. (Hört, hört! bei den II. Sez.) Wir wollten selbst Ruhe und Ordnung aufrechterhalten. (Rufe rechts: Auf ihre Art, mit Wändern und Mäubern!) Noch am 10. April haben General Haas und andre Reichswehrführer erklärt, sie stellten das Scheitern des Abkommens nicht, An Württemberg hat uns Herr Severing erklärt, er könne nicht dafür garantieren, daß die Reichswehr sich streng an die Verfügungen der Regierung

halten werde. So kam es, wie es kommen mußte. Unlautere Elemente bewachteten sich der Arbeiterschaft, weil die verantwortlichen Führer das von der Reichswehr im Lande mit den Reaktionsärzten und den christlichen Gewerkschaften geschaffene Chaos nicht vergrößern konnten. Die Unwahrscheinlichkeit der Behauptung von einem bolschewistischen Putsch ergibt sich aus den politischen Dokumenten, die man im Nachhinein von Ruhow gefunden hat. Die Angehörigen des Korps Blücher sind systematisch von ihren Offizieren getrennt und gegen die Regierung aufgestellt worden. Ein etwieses Spiegel- bild hat der Regierung das Material zu den verlangten Berichten über angebliche kommunistische Putschpläne geliefert. Es ist eine Schande, daß ein derartig verbrecherisches Geschick die Regierung der deutschen Republik beeinflussen konnte. (Sehr wahr! bei den II. Sez.) Der Führer des Korps Blücher hat keine Agenten beauftragt, unter allen Umständen den unabhängigen Kasse Ludwig festzusetzen. Derselbe Blücher aber mit seinen verlangten Berichten führt heute noch in Württemberg Reichswehrtruppen gegen das Protektorat. (Hört, hört! bei den Sez.) Ich fordere die Regierung auf, den ersten Staatsanwalt in Württemberg darüber zu vernehmen, wer in Württemberg das Justizhaus geöffnet und das Justizhaus in Württemberg zum Kampf gegen die Arbeiter bewaffnet hat. (Hört, hört! bei den II. Sez.) Die Justizhäuser sind nämlich von den rechten Polizeitruppen bewaffnet worden mit dem Bemerkten, sie sollten gegen die Sozialisten kämpfen. Die Ausschreitungen der Reichswehr sind keineswegs einzelne Fälle, wie der Reichsminister meint. Der Abg. Most befreitet die Greuel. Wir allein sind bisher 80 Fälle von Reichswehrerschüssen bekannt geworden. (Hört, hört!) In dem Telegramm meines Parteigenossen Ernst aus Oagen hat er angedeutet, daß er zuverlässige Reichswehr haben möchte. Das war am 27. Am 31. hat Ernst mit Severing vereinbart, daß die Reichswehr nicht einmarschieren solle, weil man inzwischen den unzuverlässigen Geist der Reichswehr kennen gelernt hatte. Auch Gen. Dr. Stern befreitet mit aller Entschiedenheit, daß er telephonisch den Einmarsch verlangt habe. Auch die Bekanntmachung Severings und Watters hat die Verhütung nicht bringen können, denn die Regierung hatte nicht die Macht, die Bevölkerung vor ihren eigenen Truppen zu schützen. Die Arbeiterschaft war vielmehr gezwungen, sich zu den Engländern ins besetzte Gebiet zu flüchten. Die Verfassung liegt in ihren letzten Tagen, einige Jahre noch und sie existiert nicht mehr. Es ist nicht wahr, daß eine reguläre Meie Armee besteht. Zur recht: Das wissen Sie ja gar nicht! Der Wieder einmarsch der Reichswehr wäre ein Katastrophe, die nicht auf das blühende Ruhrrevier beschränkt bliebe. (Große Unruhe. Rufe rechts: Das ist eine Drohung!) In Ruhr- bog steht ein Hauptmann Damm durch Interzete 60 bis 80 Land- arbeiter, bewaffnet die sich Melbenben und schickte sie auf die Güter im Osten. Nach dem Scheitern der Tageblat darf Ehrhardt jetzt noch keine Abschießbefehle im Reichswirtschaftsrat machen. Die Techni- sche Röhrlie ist eine der wichtigsten Kampfmittel der Putschisten. (Rufen rechts.) Im Kampfe gegen die Reaktion kann sich die Regierung letzten Endes auf die organisierte Arbeiterschaft stützen. In den nächsten Tagen und Wochen können wir mit einem neuen Wank- punkt rechnen. (Unruhe. Widerspruch rechts.) Von einer Neben- regierung ist keine Rede; aber die 8 Punkte muß die Regierung un- bedingt durchführen, wenn sie nicht den letzten Rest des Vertrauens bei der Arbeiterschaft und im Ausland verlieren will. Ich be- weise es, daß das Ausland sich jetzt bei uns an Ort und Stelle orientiert über das Vorhandensein einer Militärkassette. (Hört, hört! links.) Umlaufschreiben! Treibt die Regierung das alte Gewaltregiment weiter, so wird sie daselbst Schicksal ereilen, wie die alte. (Beifall bei den II. Sez.) — Der Redner erhält vom Vizepräsidenten Haus- mann nachträglich einen Ordnungsruf für die Neuerung: Wer behauptet, daß sich südlich der Ruhr noch Teile der roten Armee befinden, macht sich einer wissenschaftlichen Unwahrheit schuldig, — da diese sich auf Mitglieder des Hauses beziehen kann. (Rufen bei den II. Sez.)

Reichsminister Giesbert: Bei der Konferenz in Dörfeld kam es mir in allererster Linie darauf an, eine unblutige Wiederher- stellung der Ordnung im Ruhrgebiet zu erreichen. Die Ausschreitungen der Reichswehr mißbillige ich ebensosehr wie die der roten Armee. Gegenwärtig herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung im Ruhrgebiet eine wahre Panikstimmung; weil man befürchtet, daß die Reichswehr zurückgezogen werden könnte. Der Einmarsch wäre überflüssig gewesen, wenn die roten Führer an der Front das Abkommen eingehalten hätten. Die Reichswehr dagegen hat es ge- halten. (Zuruf des Abgeordneten Dr. a. h. Klein!) Sie können keinen Beweis für irgend eine Kampfhandlung der Reichswehr vor Ablauf der in dem Abkommen genannten Frist erbringen. Ich nehme die Arbeiterschaft ausdrücklich dagegen in Schutz, daß sie die Arbeiter und Württemberg an die Rückblöße schenkt werden. Wenn die Orts- wehren nach den verschiedenen Vorschlägen eingeführt werden, könnte die Bevölkerung beruhigt sein. Aber auch den Bürgern rufe ich zu, daß sie sich in Revolutionen nicht ruhig zu Bett legen können, sondern für ihre Sicherheit etwas tun müssen. (Beifällige Zustimmung.) Die falsche Information Frankreichs soll durch Deputationen von Ruhrverlegten erfolgt sein, die behauptet hätten, der Einmarsch sei nicht notwendig. Dabei haben doch alle Kreise der Bevölkerung im Ruhrgebiet den Einmarsch der Reichswehr gefordert. Wie können wir nun aus dem ungründlichen Zustande heraus? Die Be- völkerung des Ruhrgebietes will zweifellos zu geordneten Zuständen kommen; aber noch steht das ganze Land voll Waffen, die nicht abge- geben worden sind. (Beifälliges Hört, hört!) Wenn man sich von den vielen slavischen Gestalten im Ruhrgebiet spricht, so muß man doch fragen: Wer hat diese dorthin geschickt? Durch die verschiedenen Verbündungen wollte ich den Boden für eine friedliche Verständigung schaffen. Ohne sie wäre es zu viel blutigeren Kämpfen gekommen. Die ganze Aktion im Ruhrgebiet macht doch den Eindruck einer be- stimmt vorbereiteten Aktion. (Sehr richtig!) Eine Rapp-Putsch wäre allerdings diese vorbereitende Aktion in wenigen Tagen erledigt u. a. Nach dem Programm des Zentralrats in Essen sollten u. a. in allen Betrieben Betriebsräte gewählt werden, die aus dem Boden der Diktatur des Proletariats stehen. Diese Dinge sind im Industrie- gebiet bekannt, und die ganze Bevölkerung fragt sich: wenn wir jetzt keinen Schuß mehr haben, dann geht diese Sache los. Unser aller Ziel muß die Erhaltung des Reiches sein. (Beifall.)

Reichsminister Dr. Gehler: Aus den schwierigen Verhält- nissen kommen wir nicht heraus, wenn wir nicht die Atmosphäre des Mißtrauens beseitigen. Dazu können aber die Ausschreitungen des Abgeordneten Braß nicht beitragen. General v. Watter hat uns er- klärt, er habe alles getan, um den Einmarsch der unzuverlässigen Korps nach Württemberg zu verhindern. Unsere Lebensaufgabe ist es, die Reichswehr wieder in Ordnung zu bringen. Demnach reform- bedürftig sind in der Reichswehr der Nachrichten- und der Auf- klärungsstellen. Am Nachrichtenbureau treten sich einzelne Elemente herum, von denen ich eine Gefährdung der öffentlichen Moral be- fürchte. Der Nachrichtenbureau muß durch moderne, vorurteilsfreie Männer ausgebaut werden. Wenn gesagt wird, daß viele Leute im Ruhrrevier lieber die Generäle als die Reichswehr sehen, so kann das doch kein Mensch sagen, der einen Tropfen deutschen Blutes in seinen Adern hat. (Beifall.) Die Dortmunder Stadtverordneten- versammlung, in der auch Unabhängige sitzen, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der die Notwendigkeit des Eingreifens der Reichswehr anerkannt wird. Solche Dokumente sollte Braß mit- nehmen, wenn er wieder zur Rheinlandkommission nach Koblenz geht; denn er geht zur Rheinlandkommission.

Der Redner sucht durch Vliesung von Telegrammen nachzu- weisen, daß Braß zusammen mit Kommunisten der Rheinlandkommission Mitteilungen über die Stärke der Reichswehr in der neu- tralen Zone gemacht habe. Auch habe Braß einem ausländischen Journalisten Dokumente über das Unverständnis des Generals Watter mit dem Rapp-Putsch überlassen. Der Redner fährt dann weiter aus: Wenn es mit der Entlastung der Atmosphäre Ernst ist, hat heute die Verpflichtung, alles Material der Regierung zu über- geben, damit sie die Wäden der Verführung aufdecken kann. Wähler sind nur 60 000 Gewehre und einige Hundert Pistolen, Maschinen- gewehre und wenige Minenwerfer und Geschütze abgestellt worden, während die Freiheit berichtet hat, daß über 100 000 bewaffnete Ar- beiter an den Kämpfen beteiligt waren. Das Ergebnis der Waffen- erhebung ist also unbefriedigend.

Ich bin kein Freund von Exekutionen. (Beifall.) Deshalb habe ich auch sofort die Entmilitarisierung des Ausnahmezustandes em- pfohlen, die ja auch nunmehr einsetzt werden wird. Künstlichkeit läßt nicht mehr der General die vollziehende Gewalt aus, sondern ein leitender politischer Beamter. Er wird auch für das Einrücken des Militärs in sein Gebiet die Verantwortung zu tragen haben. Gegen Ehrhardt habe ich sofort einen Haftbefehl erlassen. Seine Ausführung ist selbstverständlich schwierig. (Zuruf: Zivilcourage!) Die dritte Marinebrigade wird jetzt nach Münster geschickt, da ihre Überführung nach Koblenz nicht möglich gewesen ist. Dort soll ihre freiwillige Entwaffnung durchgeführt werden. Wenn sie nicht geling, wird Gewalt angewandt. Aufgehört wird die Brigade auf jeden Fall. Die uns aus Württemberg zugehenden Nachrichten sind höchst ernst. (Be- fälliges Hört, hört!) Ich muß diejenigen, die Einfluss auf die rechts- stehende Presse haben, dringend bitten, ernstlich zu warnen. Wenn die Ordnung wieder hergestellt ist, werden wir daran gehen können, die Reichswehr neu aufzubauen. Ich glaube, daß wir den Truppen, die unter schwierigsten Umständen an der Aufrechterhaltung ver- fassungsmäßiger Zustände gearbeitet haben, unsern Dank und unsere Anerkennung ausdrücken müssen. (Anhaltender lebhafter Beifall. Abg. Gräfe (Dnat.) ruft: Auch den Zeitfreiwilligen!) Sorgen Sie dafür, Herr Gräfe, daß die Zeitfreiwilligen überall, wo sie ausge- rufen werden, verfassungstreue sind, dann wird es ihnen auch unse- rerseits an Anerkennung nicht fehlen. Die Sicherheitswehr ist unter schwierigen Um- ständen von der roten Armee abgemurrt worden. Diese schwere Schuld muß geklärt werden. Die ganze Angelegenheit muß durch Einrichtung einer Untersuchungskommission aus allen Parteien geklärt werden. Von der Reichswehr aber erwarte ich, daß sie durch Pflichttreue die Ehre wieder ausweicht, die ihr dadurch bebrochen worden ist, daß ein kleiner Teil ihrer Führer und Beauftragten in den schwierigsten Tagen untreu geworden ist, daß sie ist und bleibe ein fester, sicherer Schutzwall des Volkes und seiner freiheitlichen Entwicklung. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Schwarzer (Bayr. Op.): Der Einmarsch der Reichswehr ins Ruhrgebiet war eine unbedingte Notwendigkeit. Die Einwohner- wehren können wir nicht entbehren. In die Vollgewalt der Einzelstaaten hat sich die Reichsregierung nicht einzumischen. Wenn die Reichswehr gegen die Verbrecherbanden des Bols erst vorstücken muß, so ist das eine Schande. Mit Verbrechern muß radikal auf- geräumt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Kahl (Dnat. Op.): Ich frage den Reichsjustiz- minister, ob nach den heutigen Ausschreitungen des Abg. Braß nicht gegen diesen die erforderlichen Schritte wegen Landesverrats sofort eingeleitet werden. Der Herr Reichsjustizminister hat die Erklärung der Deutschen Volkspartei vom 18. März entziffert. (Sehr richtig!) Weder in der Form noch in der Sache enthält diese unsere Erklärung eine Rechtfertigung des Putsches. Es ist unehrenhaft, gegen meine Partei immer wieder den Vorwurf einer Beteiligung an dem Rapp- Putsch zu erheben. Für die Entlastung einzelner sind wir nicht ver- antwortlich. Der schwerste Vorwurf ist der, daß der Reichsjustiz- minister den Generalakt zu recht fertigen versuchte. Das kann einem Reichsjustizminister nur vor allen Dingen ein entpolitisiertes Amt sein. Was wir gehört haben, war nur die minderwertige Rede eines Ministerabgeordneten. (Beifällige Zustimmung rechts. Rufe und stürmische Zurufe rechts. Präsident Herzog rief den Ausrunder.) Wie hoch doch diese Rede ab gegen die staatsmännliche Rede Krimmhorn, die in einer einheitlichen Arbeit aufsteht. (Beifälliger Beifall rechts. Großer, anhaltender Rufe und Hissen links.)

Reichsjustizminister Brand: Der Herr Professor Dr. Kahl . . . (Großer Zuruf rechts. Der Präsident erhebt den Minister, die Titel wegzulassen.) Es fällt mir schwer, einem Herrn, der sich in dieser Weise geäußert hat, den Ehrennamen eines Abgeordneten zu geben. (Stürmischer Rufe rechts. Mitglieder der Deutschen Volkspartei klir- ren auf die Rednertribüne und rufen: „Anerkennung!“ Der Herr Abgeordnete Kahl hat sich in einer Weise über mich geäußert, die es notwendig macht, daran zu erinnern, daß der politische Kampf an- strengt geführt werden muß. (Zuruf bei der Volkspartei: Das hätten Sie gestern beachten sollen!) Ich muß Wort für Wort aufrecht- erhalten, was ich gestern gesagt habe. Der Abgeordnete Kahl hat beantragt, daß ich mit der nötigen Objektivität die Stelle beim Reichsgericht belegen werde. Ob unter der alten Regierung dabei immer die nötige Objektivität geübt worden ist, will ich jetzt nicht untersuchen. Ich verbitte mir aber eine derartig niedrige, gemeine und für Ihren Urheber kennzeichnende Verleumdung. (Minutenlanges Rufe rechts. Präsident Herzog rief den Ausrunder.) Ich habe die Depeschen in der Sache des Abgeordneten Braß sofort vom Reichswehrminister erbeten, um festzustellen, ob die Grundpläne für ein staatsrechtliches Einziehen gegen den Abgeordneten Braß vor- handen ist. Hoheverrat kommt allerdings nicht in Frage; wohl aber ist nach meiner Überzeugung viel Bedacht der strafbaren Hand- lung des Landesverrats vorhanden, daß ich noch heute dem Ober- reichsanwalt die beiden Schriftstücke übermitteln und ihn mit den nötigen Schritten beauftragen werde. (Beifälliger Beifall.)

Reichsminister Müller: Das von mir zitierte Telegramm aus Duisburg hat der Abgeordnete Braß als erfunden bezeichnet. Ich stelle demgegenüber fest, daß der Vorstehende bei U. S. V. in Duis- burg der Ablesung dieses Telegramms ausdrücklich zugestimmt hat.

Abg. Dr. Cuarell (Op.): Der Rheinland dankt dem Reichs- justizminister für seine Worte, und hofft, daß seinen Worten und seinen Verhandlungen der beste Erfolg beschieden sein möge. In den Rapp- tagen haben wir in Frankfurt a. M. die Reichswehr nicht früher ein- zuziehen lassen, als bis uns zugesichert war, daß sie zum Schutze der Demokratie komme. Ein fremder Schuß war für den Rheinland nicht nötig. (Beifälliger Beifall.)

Abg. Braß (U. Sez.): Das Material, das ich in Barmen einem französischen Journalisten übergeben habe, stand in Zusammenhang mit der Regelung der Flüchtlingsfrage. Dokumente, die den Rele- vanz nicht bekannt waren, sind von mir nicht ausgehändigt worden. Alle übergebenen Dokumente waren bereits seit 8 bis 10 Tagen be- kannt und in der Presse, wie in der Versammlung der Volkstimme und in der Freiheit, veröffentlicht worden. Darüber hinaus habe ich nichts dem französischen Journalisten mitgeteilt. Wegen der Regelung der Flüchtlingsfrage habe ich in Köln und in Koblenz verhandelt, ebenso in Mainz. Es ist mir gesagt worden, daß die Flüchtlinge im Inter- esse der Verpflegung so bald wie möglich zurückgeführt werden. (Zu- ruf: Wie steht es mit den 100 000 oder 80 000 Mann?) Eine der- artige Zahlung habe ich nicht gemacht und ist auch in meiner Genen- wart nicht gemacht worden. Im übrigen haben auch die Reichswehr- und andre Offiziere mit der Rheinlandkommission am 10. März in der Flüchtlingsfrage verhandelt.

Abg. Kahl (Dem.): Wenn die Regierung in Berlin geblieben wäre, so hätte sie nicht das deutsche Volk zum Widerstand gegen die verbrecherischen Gehehen anrufen können. Als die Regierung aus Berlin ging, hat sie die deutsche Einheit und die deutsche Freiheit ge- rettet. Mit dem Rinderkrieg hat sie uns in den Wahloberfammen- lungen den Generalakt vorverlesen wollen, geküffert sie und nicht, Herr Kahl. Der Generalakt war das einzige Mittel, um den Rapp-Putsch abzuwehren. Wir wollen aber vorsichtig sein, denn ich weiß was vom Generalakt und von der Deutschen Volkspartei, was ich in Ihrem Interesse lieber nicht sagen will. (Heiterkeit links.) Die Ubersprechung der Regierungserklärung ist damit erledigt.

Der Notet wird mit dem Eintrage Braß und einem zweiten Eintrage der Unabhängigen, der Erklärung des 1. Mal als Rednerin mit allgemeiner Arbeitsruhe, dem Haushaltstaat überlesen. Der Entwurf eines Reichshelmplattengeldes geht ohne Widerspruch an den 24. Auswurf.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 1 Uhr. Aufhebung der Militär- gerichtsberechtigungen, Schammweinsteuerrecht, Prüfung von Briefreihen für Militärposten. — Schluß 8 1/2 Uhr.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Heine in Pilsna. Verantwortlich für den Anseratenteil: Friedrich Hiller, Vordorfer-Verlag. Druck und Verlag: Pilsener Anzeiger-Verlag, Kittenplanstraße, Pilsna.

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

**Hilfliche Bekanntmachungen.**

Mit Wirkung erstmalig für die Gas-, Strom- und Wasserrechnungen, welche auf den am 10. Mai beginnenden Zahlkalamitungen beruhen, also für den Verbrauch vom 16. März 1920 an, sind im Anchluss an die vorbereitende Bekanntmachung vom 4. März '20 folgende Preise festgesetzt worden, die sich aus den außerordentlich hohen Kohlenpreiserhöhungen der letzten Zeit ergeben.

**1. Gas:** 1.39 Mt. für den cbm bzw. 1.28 Mt. Zuschlag auf den cbm für Münzgasmesser.

**2. Elektrischer Strom:** 1.26 Mt. für die kwH

**Satz I Kraftstrom** für gewerbliche Unternehmungen niedriger Preis 1.28 „ „ „ „  
Spreizzeitpreis 2.48 „ „ „ „  
**Satz II Lichtstrom** für Wohnungen 1.56 „ „ „ „  
weiterer Zuschlag für Münzstromzahl, neben den bisherigen von 3.50  
Markt monatlich 0.45 „ „ „ „  
**3. Wasser:** 0.62 „ für den cbm  
in Leipa, am 14. April 1920.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

**Sparkasse Wahren.**  
Geschäftszeit von 8 bis 1/2 Uhr.

**Keine Wanze mehr.** Kammerflügel Berg's Radikal mittel  
"Nicodaaal". Erfolg verblüffend. — Restlose Vertilgung  
Beste Zeit zur Brutvernichtung. Kinderleicht anzuwenden, altbewährt. Doppelpack 4 Mk  
Verkauf bei Drog. Alb. Zander, Klosterstrasse 11  
Drog. E. Zschiesche, Dufourstrasse 13.  
Bitte ausdrücklich nur Nicodaaal zu verlangen.

**Familien-Nachrichten**

Dem Silberpaar, Herrn **Rudolf Lorenz** und Frau die besten Glück- und Segenswünsche.

**Dora Schade** Richard Przanjka  
groß und als Verlobte  
L. Ewritsch  
April 1920

**Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Leipzig.**

**Nachruf.** Verspätet gemeldet.  
Am Freitag, dem 9. April, verschied an Lungenerkrankung unser langjähriger treuer Mitarbeiter, der **Kollege Friedrich Ohlmeier** im Alter von 66 Jahren.  
Chre seinem Andenken.  
Die Ortsverwaltung.

Nach kurzem aber schwerem Leiden verschied im Alter von 64 Jahren mein innigstgeliebter guter Mann, unser lieber guter Vater, Schwieger- und Großvater, Schwager und Onkel, der Tischler **Hermann Kartheuser.**  
Er folgte seinen lieben Kindern, Wilm, Alma und Elga, in die Ewigkeit nach.  
L. Lindenan, Gundorfer Straße 64.  
In tiefstem Schmerz  
Er. verw. Minna Kartheuser im Namen der Hinterbl.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, 17. April, 1 Uhr, auf dem Neusitzer Friedhof statt.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Teilnahme und den reichen Blumenschmuck bei dem so frühen Hinscheiden unserer lieben, guten Tochter **Frieda**  
lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie der Gesamtverwaltung und dem Personal des Konsumvereines Leipzigs-Plagwitz und Umgebung, den Klubbrüdern und Herrn Viktor Eichler für die tröstlichen Worte herzlichsten Dank.  
Großschöcher, den 14. April 1920.  
Familie Eitzsch nebst Angehörigen.

**Leipzig-Df.**

Dienstag, den 20. April, abends 7 1/2 Uhr, in den „Drei Mohren“  
**Oeffentliche Versammlung**  
Tagesordnung: **Weltkapitalismus — Weltpolitik**  
Referent: **Genosse Paul Böttcher.**

Wir erwarten, daß vor allem unsere Mitglieder diese Versammlung besuchen und auf sie aufmerksam machen.  
Der Vorstand des Ortsvereins Leipzig-Df.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Bureau im Viktoria-Hotel II. Et. 3.16-18, 23a. 24. Arbeitsnachweis: Mühlengasse 24 täglich von 9-12 Uhr.  
Zahlstelle Leipzig  
Bureauzeit: 9-12 Uhr vormittags 4-6 Uhr nachmittags Sonnabds. durchgeh. 9-3 Uhr. Tel. 8497.

**Wegen Umzug bleibt unser Bureau am Donnerstag und Freitag geschlossen und wird am Sonnabend, den 17. April, im Hotel Viktoria, Gerberstr. 1, 2 Treppen, wieder geöffnet.**  
**Kassengeschäfte** werden am Freitag nochmals im Volkshaus, Zimmer 4, erledigt.  
Zur Beachtung der Kollegen diene noch folgendes:  
**Verbands-Arbeitslosenunterstützung** wird nur Donnerstags, vorm. 9-11 Uhr, die **Krankent-Unterstützung** nur Freitags, nachm. von 2-4 Uhr, im Bureau ausbezahlt.  
Um nicht das Arbeiten zu erschweren, werden die Kollegen ganz besonders ersucht, die **vorgeschriebenen Zeiten** einzuhalten.  
Die Sozialverwaltung.

**Bauarbeiter-Verband**

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telephon 8076.  
Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonnabends von 9-2 Uhr

**Sonntag, den 2. Mai, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus**  
**General-Versammlung**  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das erste Quart. 2. Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

**Zementarbeiter** Sonntag, den 18. April, vormittags 9 Uhr, im Volkshaus (Mittelsaal) **Versammlung.**  
Der Sektionsleiter.

**Bauarbeiter-Schutzkommission** Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich Freitag, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Braukstraße 17, parterre, zu erscheinen.  
Der Vorsitzende.

**Stukkateure und Putzer** Die Versammlung findet Umstände halber Sonntag, den 25. April, im Volkshause statt.  
Der Sektionsleiter.

An den Folgen eines sich im Felde zugezogenen Leidens starb plötzlich und unerwartet auf Geschäftsreisen unser lieber guter Bruder, Onkel, Schwager und Bräutigam, der **Kaufmann**  
**Gustav Zschuschke**  
im Alter von 29 Jahren.  
In tiefster Trauer  
**Walter Zschuschke und Frau.**  
**Hans Zschuschke und Frau.**  
**Friedel Noback als Braut**  
nebst andern Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Friedhofs Grossschöcher-Windorf aus statt.

**Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege**

**Turn-Vereine**  
**Bezirk. Aktion, Miersitzturner!** Sonntag, den 18. April, nachm. 7 1/2 Uhr **Allgemeine Arbeiterturnerturnende** in Lindenau, 44. Volkshaus, Dammringstraße, 5 Minuten vom Markt, Lindenau. Jeder Verein muß vertreten sein, da der Turnstoff fürs Bezirksturnfest in Ellenburg behandelt wird.  
**Bereitsturner und Vorturner!** Sonnabend, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr **Unvergleichliche Vorturner-Versammlung** im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.  
Der Turnauswahl.  
**Bezirksvorstandssitzung** am Donnerstag, den 22. April, findet nicht statt.  
**Aktion!** Am 9. Mai findet ein **Ausflug** für **Frauenturner**, und am 16. Mai ein solcher für **Kinderturner** statt. Beide Kurse werden in der Zeit von 8-12 Uhr vorm. und 2-6 Uhr nachm. in der 30. Volkshaus in D. Stötteritz, Robert-volkwiler Str., abgehalten. Meldungen zu diesen Kurse haben bis zum 1. Mai an den Untersekreten zu erfolgen. Auswärtige Teilnehmer wollen sich wegen der Quartierfrage (Frei) mit Turngenossen Gustav Geibler, L. St. 16, Oberdorferstr. 16, in Verbindung setzen. — Bis zum gleichen Termin wird um Meldung geübter Kauten- und Barrenturnerinnen für das Hallenschaubildern gebeten.  
W. Meyner.

**L. Gohlis. Turnverein L. Nord.** Sonnabend, den 17. April, abends Punkt 7 1/2 Uhr, **Versammlung** im Nida-Ausgang. Erscheinen aller unbedingt notwendig.  
Der Turnrat.

**Wahren. Turnverein.** Freitag, den 16. April, **Versammlung** im Birkenhölchen (Nätsche). Da wichtige Tagesordnung vorliegt, bittet um zahlreiche Beteiligung. Der Turnrat.

**L. Thonberg. Freile Turnerschule** 19. April, am Freitag, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Turnhalle der 20. Volkshaus, Nordstr., eine **öffentliche Turnstunde** für Turner und Turnadlinge statt. Die Eltern der schulentauglichen Jugend sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.  
Der Turnrat.  
Sonnabend, den 17. April, abends 7 Uhr, **Monatsversammlung** bei Kresse. Der Turnrat.

**L. Probstheide. Turnverein.** Sonnabend, den 17. April, abds. 7 1/2 Uhr, **Versammlung** im Galthof. Zahlreiches Erscheinen aller Turner erwartet.  
Der Turnrat.

**Paunsdorf. Freile Turnerschule** Freitag, 16. April, abends 7 1/2 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Alten Galthof. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.

**L. Connewitz. Turnverein Norddr. L. G. S. G. N.** Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr, **Sauptprobe** aller Abteilungen. Nachdem **Versammlung** im Gambrius.  
Sonntag, den 18. April, vormittags 9 1/2 Uhr, **Frühjahrs-Schaubildern** in der Turnhalle Berderstraße.  
Freitag, den 23. April, **Bildbilder-Vortrag** im Eisteller-Park.

**L. Döllitz. Turnverein Dresden.** Sonntag, 18. April, nachm. 2 1/2 Uhr, **Sommerturnen** auf dem Spielplatz an der Friederikenstraße. Die Mitglieder treffen sich 1 1/2 Uhr im Park Döllitz. Nach dem Turnen **gemüthl. Beisammensein** im Park Döllitz. Um zahlreiche Beteiligung bittet D. T.

**L. Klein-Flöcher. Turnverein.** Sonnabend, d. 17. April, abends 8 Uhr in der Terrasse **Mitglieder-Versammlung.** Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Turnrat.

**Knautzleeberg. Turn- und Sportverein G. N.** Freitag, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr **Bereitsversammlung** im Restaurant Germania. Vortrag des Turng. Kreisvors über: Der Arbeiterturner und die Leibesübungen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Der Vorstand.

**Südgruppe. Aktion, Bezirksleiter!** Mittwoch, den 21. April, abends 7 Uhr, im Park Döllitz **wichtige Sitzung.** Tagesordnung: 1. Eintheilung der Spielmannschaften in Klassen, 2. Unser Spiel- und Sporttag am 2. Mai, 3. Bericht des Bez. Erscheinen der ländlichen Vereine dringend notwendig.  
Der Gruppenleiter.

**Radfahrer-Bund Solidarität**  
**Hst. Rodau.** Sonnabend, den 17. April, in den Räumen des Neuen Galthofes zu Leipzig-Rodau **Großes Frühjahrs-Vergnügen** bestehend in Kunststufen-Auführungen u. Ball. Einlaß 5 Uhr. Anfang 8 Uhr. Alle Partei- und Sportgenossen sind freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

**Hst. Markranstädt.** Freitag, den 16. April, abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im Vereinslokal Gute Quelle. Wichtige Tagesordnung. Um zahlreiche Erscheinen bittet.  
Der Vorstand.

**Kasino-Lichtspiele**  
Neumarkt (Dresdner Hof) — Fernruf 19 950  
Morgen Freitag und folgende Tage  
**Madame Blaubart**  
oder  
**Im Banne der Hypnose**  
Spannende Kriminaltragödie in 5 Akten nach dem Roman von **Hans Carl Strobl**  
**Aranka und Arauka**  
oder  
„So kehr ich langsam ins Leben zurück“  
Großes dramatisches Lebensbild in 3 Abteilungen mit **Dagny Servaes**  
**Welt-Theater**  
Barfußgasse (Markt) Fernruf 4870  
Morgen Freitag und folgende Tage  
**Die Schlange mit dem Mädchenkopf**  
Der III. Teil von „Der Fürst“. Sensations-Detektiv-Drama in 3 Akten mit **RIA JENDE.**  
**Aranka und Arauka** oder: „So kehr ich langsam ins Leben zurück“  
ergreifendes Lebensbild in 3 Akten mit **DAGNY SERVAES.**  
In jedem unserer Theater Anfang Wochentags 4 Uhr — Sonntags 3.30 Uhr. Jugendliche unter 16 Jahren haben **keinen Zutritt!**

**Königs-Pavillon**  
Promenadenstr. (Thomasring) Fernruf 19 271  
Spielplan vom 16. bis 22. April  
**Paul Wegener**  
**Erna Morena — Conrad Veidt**  
**Reinh. Schünzel — Anita Berber**  
in dem 6aktigen Sensations-Drama  
**Machtgestalten**  
Hierzu ferner ein **gewähltes, brillantes**  
**Beiprogramm**  
Nur **Erstaufführungen!**  
Morgen Freitag und folgende Tage  
**Die Schlange mit dem Mädchenkopf**  
Der III. Teil von „Der Fürst“. Sensations-Detektiv-Drama in 3 Akten mit **RIA JENDE.**  
**Aranka und Arauka** oder: „So kehr ich langsam ins Leben zurück“  
ergreifendes Lebensbild in 3 Akten mit **DAGNY SERVAES.**

**Rügener Schlemmkreide**  
**Streichfertige**  
**Öel- und Lackfarben**  
**reinen Leinöl-Firnis**  
Kg. 44 Mk. empfiehlt  
**L. O. Kaspar Nachf.**  
Plagwitz,  
Zschochersche Str.  
Stempel aller Art in Kautschuk und Metall fabrizieren  
**Wunder & Co.** Leipzig-Gonwitz, Eisenstr. 183  
Haut-, Geschlechts- u. Harnleib-, vorz. nerv. Schwäche behandelt. **Dr. med. Dori**, nicht approbiert, Mittl. naturw. u. Geleilich, Leipzig, Kurprinzstr. 8. Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

**Turngemeinde Plagwitz-Schleußig.**  
Sonntag, den 18. April, im Eistertal, 2. Schiebis **Gedenkfeier** zur Ehrung unserer gefallenen Turngenossen  
**Gesang — Konzert — Rezitation**  
**Wehe der Gedenktafel.**  
Einlaß 11 Uhr. Beginn 11 Uhr.  
Wir erlöchen alle Turnerinnen und Turner, sich mit ihren Angehörigen an der Feier zu beteiligen.  
Der Turnrat.

**Sächsische Spielvereinigung**  
(Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sport-Bundes).  
Sonntag, den 18. April, nachm. 4 Uhr im Sportfreundepark, L. Connewitz  
**Vorrundespiel um die Kreismeisterschaft**  
1/2 Uhr (Serienspiel) Wurzen I — Zwenkau I.  
Eintritt 2 Mk. Schüler 1 Mk.  
Der Bezirks-Spielausschuss.

**Uhren**  
Ketten, Schmucksachen  
Größte Auswahl. Billigste Preise.  
**Gustav Kaniss**  
6 Tauchaer Strasse 6

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. April.

Parteilangelegenheiten.

Mathkomitee.

Sonnabend, den 17. April, nachmittags 4 Uhr, Sitzung im Volkshaus, Zimmer Nr. 3.

Maigedenkblätter sind von Montag, dem 19. April, an in den Filialen der Leipziger Volkszeitung, den Gewerkschaftsbüros und den bekannten Stellen zum Preise von 1 Mk. zu haben.

Deftich-Saugsch. Sonnabend, den 17. April, 1/8 Uhr abends, Vorstand- und Funktionärsitzung in der Bibliothek.

Schönfeld. Die gewählten Generalversammlungsvortreter werden ersucht, ihre Karten in der Filiale der Leipziger Volkszeitung abzuholen.

Spielekurse.

Alle Genossen und Genossinnen, die bereit sind, sich am Kursus zur Leitung für Kinderspiele zu beteiligen, finden sich zur ersten Besprechung am Sonnabend, dem 17. April, abends 1/8 Uhr, im Saal Braustraße 17, Erdgesch., zusammen.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut für Leipzig.

Aus dem Stadtparlament.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 14. April wurden 31 Tagesordnungspunkte der öffentlichen und 14 Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung in knapp zwei Stunden erledigt, was immerhin erwähnenswert ist.

Zu einem weiteren Zusammenstoß mit dem Rat kam es dann bei der Beratung über ein Ratschreiben, in dem von den Stadtverordneten verlangt wurde, sie sollten es ablehnen, mit Ratsbeamten über Personalangelegenheiten zu verhandeln.

Diese Kritik verwarf die Stadtrat Dr. Böhm in hochfarenem Tone als unbeschriftet abzutun. In einem Artikel in der Leipziger Volkszeitung habe ein Beamter von der toten Wirtschaft auf dem Rathaus geschrieben.

amten eine Untersuchung einleiten; wenn er etwas wegen des Zeitungsartikels tun wollte, konnte er nur gegen die Volkszeitung vorgehen.

Die Vorlage über die Beschaffung von Schusswaffen für die Polizeibeamten wurde auf Antrag des Genossen Schels noch einmal an den Ausschuss zurückverwiesen.

Eine Anzahl Vorlagen über bauliche Veränderungen wurde ebenfalls zugestimmt, dagegen wurden einige Grundstücksverkäufe abgelehnt, wobei Stadt Genosse Schrörs darauf hinwies, daß jetzt nicht die Zeit sei, Grundstücke zu verkaufen.

Eine andere Gruppe von Vorlagen betraf Arbeiter, Angestellten und Beamtenverhältnisse, nach Bewilligung bereits gezahlter Löhne, Weitergewährung bisher gezahlter Feuerungszulagen, Errichtung von 12 Kessel- und Kassenbeamtenstellen; auch diese Vorlagen wurden angenommen.

Zu Beginn der Sitzung teilte der Rat in einem Schreiben mit, daß der Verwaltungsrat der technischen Werke eine neue wesentliche Steigerung der Preise für Gas, Strom und Wasser beschlossen hat.

Ein Dringlichkeitsantrag, begründet vom Stadtrat, Pfarrer Fereias, kam am Schluß der Sitzung zur Verhandlung.

Ratsbeschlüsse.

Erhöhung der Abkühlpreise. Den Vorschlägen des gemischten Ausschusses wegen Erhöhung der Abkühlpreise im Stadtbade vom 15. April 1920 wurde beigetreten.

Wegfall Räumungsgebühren für die Dünge-Export-Kilnengesellschaft. Wegen der weiteren Steigerung aller Betriebskosten ist die Leitung der Leipziger Dünge-Export-Kilnengesellschaft an den Rat mit dem Gesuche herantreten, ihr vom 1. April 1920 ab die Erhöhung der Räumungsgebühren um weitere 7,50 Mk. für 1 Kubikmeter zu genehmigen.

Erhöhung der Gas-, Kraftstrom- und Wasserpreise. Man nahm Kenntnis davon, daß der Verwaltungsrat für die städtischen technischen Werke in seiner am 13. d. M. abgehaltenen Sitzung beschlossen hat, mit Wirkung erstmalig für die Gas-, Strom- und Wasserrechnungen, die auf den 18. Mai beginnenden Zählerablesungen beruhen, also für den Verbrauch vom 18. März 1920 an, im Anschluß an die vorhergehende Bekanntmachung vom 4. März 1920 folgende Preise festzusetzen, die sich aus den außerordentlich hohen Rohpreisensteigerungen der letzten Zeit ergeben:

Die Opfer der Leipziger Unruhen.

Außer den Angehörigen der Reichswehr und des Zeitfreiwilligen-Regiments sind, wie uns das Postamt mittelst, bei den Unruhen in Leipzig die unten aufgeführten Personen getötet worden, bei den Folgen der während der Unruhen erlittenen Verletzungen nachträglich gestorben.

- 1. Ullm, Wilhelm, Vater; 2. Bartholomäus, Ernst, Eduard, Oskar, Arbeiter; 3. Bauermeister, Friedrich, Witz, Arbeiter; 4. Berger, Karl, Friseur, Arbeiter; 5. Bergmann, Karl, E. Paul, Bäcker; 6. Böttcher, Eduard, Direktor; 7. Beyer, Theodor, Arthur, Arbeiter; 8. Binder, Fritz, Hermann, Arbeiter; 9. Böttke, Paul, Otto, Schneider; 10. Breiter, Alois, Kurt, Schlosser; 11. Breitenberger, Gustav, Adolf, Maurer; 12. Brümme, Karl, Hermann, Drechselwerkführer; 13. Döge, Hermann, Bruno, Holzproduktionshändler; 14. Döhler, Max, Arthur, Baumeister bei der Gefangenenanstalt; 15. Döhner, Johann, Max, Fleischer; 16. Dornbusch, Richard, Otto, Schriftführer; 17. Edel, Friedrich, Albert, Rangierer; 18. Eshel, Friedrich, Eduard, Arbeiter; 19. Eise, Ferd., Otto, Häftlingskapitän; 20. Ermer, Erich, Graveur; 21. Fehling, Arbeiter; 22. Fiebig, Friedr., Otto, Streckenarbeiter; 23. Friedrich, Hermann, Karl, Arbeiter; 24. Fröhne, Heinz, Albert, Tischler; 25. Glaser, geb. Friedrich, Emilie, Thelma, Weichenwärters Ehefrau; 26. Gohmann, Otto, Louis, Gummiarbeiter; 27. Güttel, Robert, Arbeiter; 28. Häßelbarth, Wolfram, Martin, Oberpostassistent; 29. Hahn, Otto, Walter, Schlosserlehrling; 30. Haller, Ludwig, Luitpold, Klempner; 31. Hammer, Schmidt, Bruno, Max, Lagerist; 32. Hantsch, Heinz, Willi, Buchbinder; 33. Heinke, Emma, Martha, Buchhalterin; 34. Held, August, Gehilfenführer; 35. Hennig, geb. Runze, Martha, Minna, Arbeitersehrfrau; 36. Hermsdorf, Alwin, Oskar, Arbeiter; 37. Herrmann, Walter, Arno, Friseurlehrling; 38. Hille, Hellmann, Gymnasiast; 39. Hilmberg, Paul, Karl, Kellner; 40. Hoffmann, Ernst, Karl, Dachdecker; 41. Hoff, geb. Eder, Selma, Ida, Mechanikers Ehefrau; 42. Horn, Ernst, Albert, Zementarbeiter; 43. Hübner, Ferdinand, Friedrich, Karl, Tischler; 44. Jüvis, Gertrud, Arbeiterin; 45. Jänichen, Karl, Friedrich, Handarbeiter; 46. Kacsmarek, Paul, Hans, Arbeiter; 47. Kempe, Oswald, August, Revolverdreher; 48. Kirsten, Friedrich, Otto, Willi, Beamtenwärter; 49. Klorens, Friedrich, Hermann, Arbeiter; 50. Köhler, Karl, Paul, Hub. phil.; 51. König, Max, Willi, Volkste; 52. Körner, Franz, Otto, Proffahrer; 53. Köth, Walter, Kurt, Tischler; 54. Krabbes, Bernhard, Fritz, Handlungsgeld; 55. Krause, Hermann, Richard, Martthelner; 56. Kreide, Rudolf, Kaufmann; 57. Kreiling, geb. Böttcher, Anna, Emilie, Clara, Buchdruckerweibers Ehefrau; 58. Kühn, Hugo, Walter, Arbeiter; 59. Kühn, Karl, Wilhelm, Kellner; 60. Küfer, Louis, Otto, Klempner; 61. Lange, Paul, Georg, Ko

- bert, Tapeziermeister; 62. Leidenberger, Alfred, Bäcker; 63. Liebl, Karl, Johann, Eisenbrecher; 64. Liebl, Gustav, Hermann, Arbeiter; 65. Magwald, Frieda, Martha, Bernarbeitsers Ehefrau; 66. Mette, Karl, Johann, Friedrich, Maschinenführer; 67. Müller, Wilhelm, Deiser; 68. Müller, Bruno, Alfred, Arbeiter; 69. Müller, Paul, Schloffer; 70. Nadel, geb. Döbe, Marie, Elli, Weib, Kaufmanns-Ehefrau; 71. Noack, Friedrich, Karl, Rutscher; 72. Noack, Johann, Heinrich, Felix, Bäcker; 73. Oben, Martha, Baumacharin; 74. Pabstke, Karl, Hermann, Schneider; 75. Petermann, Paul, Albert, Handlungsgeld; 76. Pils, Franz, Moritz, Vorführer; 77. Pinter, Erna, Hildegard, Margarete, Schulmädchen; 78. Quans, Martha, Elsa, Arbeiterin; 79. Rathen, Kurt, Oberrealgelder; 80. Rechenbach, Hermann, Neher; 81. Redlehen, Dr. Hans, Hofrat; 82. Reif, Fritz, Arthur, Elektr.-Lehrling; 83. Richter, Karl, Adolf, Gottfried, Kaufmann; 84. Riegel, Paul, Georg, Schmied; 85. Röger, Albert, Paul, Versicherungsbearbeiter; 86. Röhl, Ferd., Julius, Tischler; 87. Röder, Emil, Franz, Buchhalter; 88. Roh, land, Friedrich, Wilhelm, Telegraphenarbeiter; 89. Schier, Theresie, Marie, Mandolene, Verkaufsrin; 90. Schiller, Konrad, Forner; 91. Schlemmer, Karl, Otto, Gelbgeher; 92. Schlünz, Gustav, Adalbert, Schneider; 93. Schmal, Wilhelm, Emil, Konterist; 94. Schmidt, Friedrich, Karl, Arbeiter; 95. Schmidt, Karl, Max, Krantentassenbearbeiter; 96. Schneider, Dr. Theod., Clemens, Händler; 97. Schönemann, Willh., Korbmacher; 98. Schröder, Karl, Richard, Arbeiter; 99. Schulz, Heinrich, Georg, Hausmann; 100. Schulze, Erich, Hans, Chemiker; 101. Schuler, Albin, Max, Bäcker; 102. Sofia, Emil, Arbeiter; 103. Sommer, Hugo, Bruno, Dreher; 104. Sonntag, Hermann, Ernst, Buchbinder; 105. Spottke, Johann, Traugott, Tischler; 106. Stecher, Bernhard, Rudolf, Metallarbeiter; 107. Steingraber, Richard, Schlosserlehrling; 108. Strebl, Max, Willi, Barbierlehrling; 109. Taubert, Friedrich, Ernst, Händler; 110. Thiele, Franz, Edwin, Instrumentenmacher; 111. Thiem, Hellmuth, Schulnabe; 112. Thiede, Ernst, Kurt, Glaser; 113. Volkstath, geb. Thiem, Anna, Hedwig, Fabrikantens-Ehefrau; 114. Wachsmuth, Friedrich, Emil, Karl, Tischler; 115. Weiske, Walter, Fritz, Lithographenlehrling; 116. Welke, Friedrich, Christian, August, Arbeiter; 117. Werft, Paul, Max, Alfred, Telegrammbesteller; 118. Willenhain, Walter, Heinz, Arbeiter; 119. Windrich, Emma, Johanna, Dienstmädchen; 120. Wiska, Anton, Georg, Oberpostassistent; 121. Wolf, Fritz, Schulnabe; 122. Wüthened, Friedrich, Karl, Arbeiter; 123. Zahn, geb. Wüthner, Wilhelmine, Pauline, Strickerin; 124. Zwickl, Heinrich, Kaufmann.

Freiheitsberatung.

Der Belagerungszustand für Leipzig ist aufgehoben. Trohdem bleiben die Zeitfreiwilligen mobilisiert; sie halten die öffentlichen Gebäude besetzt und nehmen sogar — wozu sie nicht berechtigt sind — Verhaftungen vor. So schreibt uns ein Student:

Sonnabend früh 11.30 Uhr wollte ich mit in der Universität ein Vorlesungsverzeichnis holen. Am Portal der Universität wurde ich von bewaffneten Zeitfreiwilligen angehalten und nach einem Ausweis gefragt. Da ich nach Aufhebung des Belagerungszustandes annehmen mußte, daß die öffentlichen Gebäude nicht mehr der Militärgewalt unterliegen, reagierte ich auf nachmaliges Ansehen, den Ausweis zu zeigen, nicht, zumal die Zeitfreiwilligen mir selbst auf Befragen keinen Ausweis zeigen konnten, daß ihr Betragen hätte rechtfertigen können.

Bemerkenswert ist hierzu noch, daß in der Sitzung der Stadtverordneten am Freitag, dem 9. April 1920, Polizeidirektor Dr. Kubik berichtete, daß nach Aufhebung des Belagerungszustandes das Militär keinerlei Polizeibefugnisse mehr ausgeübt habe.

Da der Belagerungszustand aufgehoben ist, liegt hier Freiheitsberatung vor. Wird dieses Vergehen geahndet werden, oder werden die Schuldigen auch in diesem Falle straffrei ausgehen?

Arbeiterbildungsinstitut. Sonnabend, den 17. April, abends 1/8 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses: Dritter Vortrag der Lichtbilderreihe Die Umgegend Leipzigs. Lehrer Richter spricht über unsere Leipziger Weidener.

Sonnabend, den 17. April, abends 7 Uhr, im Saal Braustraße 17, Erdgesch.: Fortsetzung des Kurses in Pension. Die Kursbesucher für Sonntags nehmen daran teil, da am 18. April, vormittags, die Generalversammlung Groß-Leipzig tagt.

Montag, den 19. April, abends 6 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses: Erster Doppelvortrag des Genossen Graf: Das neue Europa. Karten zum Preise von 2 Mk. an den bekannten Stellen.

Montag, den 19. April, abends 7 Uhr, im Saal Braustraße 17, Erdgesch.: Fortsetzung des Kurses für Betriebsräte.

Zur Abgabe von Kartoffeln. Infolge weiteren guten Einganges von Kartoffeln können an die Verbraucher weitere Kartoffeln gegen Abgabe der Landesartoffelmarken des Kommunalverbandes Stadt Leipzig geliefert werden.

Staatliche Kraftwagenlinie. Die Sächsische Staatsbahn eröffnet den Betrieb der staatlichen Kraftwagenlinie Leipzig, Hauptbahnhof—Merseburg Bahnhof am Freitag, dem 16. April d. J., in beiden Richtungen. Die Wagen verkehren täglich vom Hauptbahnhof Leipzig sächsische Seite früh 7 Uhr, mittags 12,30 Uhr, abends 6 Uhr und 10,30 Uhr nach Merseburg, und von Merseburg nach Leipzig 7 Uhr vormittags, 12,30 Uhr, 5 Uhr und 8 Uhr nachmittags.

Herr Dr. Michaelis, einst Reichstanzler von Lubendorffs Gnaden, hat in Leipzig einen Vortrag gehalten und von der Wiederanknüpfung alter christlicher Weltbeziehungen, von dem freien Blick, von der Planwirtschaft, von Einfachheit und Bedürfnislosigkeit gesprochen.

Unfälle. Am 10. d. M., abends gegen 1/7 Uhr, ist ein dreizehnjähriger Schüler aus einer Gondel bei an der Stadtraststraße an 2-Connery aufgestellten Luftschaukel heraufgefallen, wobei er

elnen Schädelbruch erlitten hat. Er fand Aufnahme im Krankenhause St. Jakob. — Ebenfalls fand Aufnahme eine 39 Jahre alte Arbeiterin, die am 11. d. M. am Bismarckplatz von einem im Gange befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 15 abgesprungen war und sich durch den Sturz eine Gehirnerschütterung zugezogen hatte. — Eine 53 Jahre alte Invalidenscheinefrau, die vermutlich infolge eines Ohnmachtsanfalls in der Bismarckstraße von einem auf der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen herabgestürzt ist, wurde mit Verletzungen an der Stirn und der Nase aufgehoben und nach der in der Nähe befindlichen Wohnung ihres Sohnes gebracht.

**P. Gauerkrankung.** In der Schiebestraße, L. Eutrichs, ist am frühen Morgen des 13. April ein 52 Jahre alter Soldat an Gauerkrankung erkrankt in seinem Bett aufgefunden worden. Er ist am Abend zupor bei brennender Gaslampe im Bett liegend eingeklappt. Die Lampe ist bei Eintritt der Sperre verloscht, aber der Dahn nicht gelöscht worden. Als 1/2 Uhr morgens das Gas wieder angezündet worden ist, konnte es ungehindert entzündet. Der Verunglückte wurde auf ärztliche Anordnung in das Krankenhaus St. Georg überführt.

**P. In der Elster ertrunken!** Am 12. d. M. gegen 8 Uhr nachmittags wurde aus der Elster, etwa 25 Meter oberhalb der Wagnerschen Brücke, der Leichnam eines 55 Jahre Knaben ans Land gezogen. Wie ihn später heraustrat, handelt es sich um das Kind eines in Knautschberg wohnenden Buchdruckers, das am 29. März d. J. beim Spielen am Ufer in Knautschberg in die Elster gefallen und ertrunken ist.

### Lebensmittellieferanten für Freitag, den 16. April.

#### Für Haushaltungen

Anmeldung, Inlandmargarin: abzugeben Landesleitkarte L (140 Gramm); Fettkarte 12 der Zusatzlebensmittellieferanten für Kriegsgefangene (50 Gramm).

#### Für Händler.

Fleisch: Markenabgabe.

## Die Bereitschaft der Arbeiter.

### Eine Konferenz der Aktionsausschüsse Mitteldeutschlands.

Das riesige Truppenangebot, das — angeblich nur, um den böhschen Mäuerern ein Ende zu machen — nach dem Vogelland entlassen worden ist, zeigt, daß die wiedererwachte Reaktion ganz konsequent die Absicht verfolgt, den weißen Schrecken in alle Industriegebiete Deutschlands zu tragen, um damit den Boden für das Gelingen eines zweiten monarchistischen Putschs ginstiger zu gestalten. Die Art, wie die Aktion im Vogelland durchgeführt wird, spricht alles deutlich. Obwohl die Truppen seit Tagen einen dichten Ring um Plauen geschlossen haben, treibt Böls kein Wesen noch immer ungeniert. Man hat einzelne Truppen seiner Bande festgenommen, aber Böls entkommt immer wieder, oder besser gesagt, man läßt ihn laufen. Charakteristisch ist folgende bereits gefasste wiederergebene Meinung aus Delitzsch:

Der Kommunist Böls kam gestern in Begleitung dreier Genossen im Automobil von Bad Elster und verfuhr bei Berlin über die östliche Grenze zu gelangen. Dieser Versuch mißglückte jedoch. In der Automobilkassen wurden von der Gendarmerie verhaftet, während es Böls und dem vierten Mann gelang, wieder nach Bad Elster zurückzufahren. Die beiden Festgenommenen wurden nach Hof gebracht.

Wie kommt es, daß man nur zwei der Automobilkassen herausgerafft hat und die beiden anderen weiterfahren läßt, und darunter gerade Böls, der allen Volkseigenen im Vogelland persönlich bekannt ist? Man findet mit dem besten Willen, objektiv zu bleiben, dafür keine andre Erklärung, als daß man Böls nicht haben will, weil man ihn braucht, um den Eingriff der Reichswehr zu verhindern. Und während Böls seine Bitten fortsetzen kann, werden nach einer Weile aus Delitzsch Arbeiter, die dem Befehl, die Waffen abzuliefern, nachkommen, trotz aller gegenteiligen Versprechungen verhaftet. Die sächsische Regierung hat wiederholt erklärt, sie verfüge sich dafür, daß der organisierte Arbeiterstand, die sich — mit Einschluß der Kommunisten — wiederholt mit aller Entschiedenheit gegen die böhsche Mäuerpolitik gewendet hat, nichts abschleife. Sie ist sehr verpflichtet, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Arbeiterkraft unberührt bleibt und die Truppen, nachdem die böhsche Gefahr vorüber ist, sofort wieder zurückgezogen werden. Da ihre Macht, die durch ihre strafliche Mächtig gegen die Militärs schon zu Ohnmacht herabgesunken ist, dazu noch ausreichen wird, ist freilich fraglich. Um so mehr Veranlassung hat die Arbeiterkraft, die Augen offen zu halten und bereit zu sein, dem Umsturz einer terroristischen Politik gegen die Arbeiterklasse zu begegnen. Dem Zweck, den Widerstand der organisierten Arbeiter gegen die Putschisten von rechts zu fällen, blante eine Konferenz der Aktionsausschüsse Mitteldeutschlands, die gestern in Gera tagte. Einberufen waren der Aktionsausschuss und die Regierung von Gera-Neuch. Die Veranlassung zu der Tagung bot die Gefahr, die ganz Mitteldeutschland droht, wenn die Aktion gegen Böls zu einem Rückzugszug gegen die Arbeiter ausartet. Aber man war sich auch darüber klar, daß die Böls und ihre Begleitpersonen nur im Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Situation zu betrachten ist, und aus diesem Grunde die Arbeiterkraft mehr lokalen Befehl nicht dazu führen dürfe, die Zwangsmaßnahme des gemeinsamen deutschen Proletariats für die großen bevorstehenden Kämpfe zu schwächen. Deshalb wurde auch einmütig abgelehnt, den Fall Böls sofort zum Ausgangspunkt eines Generalstreiks zu machen. Darüber ließ der Gang der Verhandlungen keinen Zweifel aufkommen, daß in dem Augenblick, wo die für die Freisetzung der böhschen Gefahr bestimmten Truppen ihre Besatze übergeben, die Arbeiterkraft an den schärfsten Abwehrmaßnahmen greifen sollte.

Auf der Konferenz waren 10 Delegierte sowie die Leiterungen von Sachsen-Altenburg und Sachsen-Meiningen durch mehrere Staatsräte vertreten. Ferner waren anwesend der Präsident des Thüringer Volkstags, der 2. Vorsitzende der Berliner Gewerkschaftskommission, ein Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Bezirk Kommissar der Provinz Sachsen. Die sächsische Regierung war ebenfalls eingeladen und durch die Geraer Regierungstelephonisch davon unterrichtet worden, daß gerade ihr Erhalten dringender notwendig sei. Aber Herr Dr. Gradnauer hat erklärt, daß die sächsische Regierung keine Vertreter entsenden könne. Warum wohl nicht? Die sächsische Regierung, die ein großer Teil Schuld an der Entwicklung der Dinge im Vogelland trägt, weicht konsequent jeder Aussprache aus. Sie hat nicht einmal den Mut, ihre Handlungen öffentlich zu verteidigen. Eine eigenartige Behandlung erfährt das Verhalten der sächsische Regierung auch durch die merkwürdige Entschuldigung der ebenfalls abwiesenden Reichsregierung, es handle sich um eine spezielle Angelegenheit der sächsische Regierung, in die sich die Reichsregierung nicht einmischen wolle. Sie habe nur Truppen gelendet auf ausdrücklichen Wunsch der sächsische Regierung. Diese sogenannte Entschuldigung ist zwar weiter nichts als eine elende Kneiferei der Reichsregierung. Aber sie weist doch auf die zweifelhafte Rolle hin, die die Regierung Gradnauer auch in diesem Falle wieder gespielt hat. Ihre Hauptschuld liegt darin, daß sie den organisierten Arbeitern die Anerkennung und die Mittel zur Unerschütterlichkeit des Böls verweigerte und Militärs herbeieföhrt, obwohl sie nach allen bisherigen Erfahrungen wissen mußte, welche schwere Gefahren für das Land dadurch heraufbeschworen werden. Der Minister von Brandenstein gab unumwunden zu, daß die Nichtanerkennung der Aktionsausschüsse und das Gerede von der Unerschütterlichkeit der Reichswehr den Rapp-Putsch direkt unterstützt und die Erregung der Arbeiterkraft hervorgerufen und fortgesetzt gesteigert hat. Es gab, so meinte der Minister übereinstimmend mit allen Rednern, nur ein Mittel, die berechtigten Erwünschte der Arbeiter zu hängen und die Ruhe und Sicherheit aufrechtzuerhalten: Die Verbindung jeder militärischen Aktion gegen die organisierte Arbeiterkraft.

Diese Forderung stand auch in der Debatte im Vordergrund. Darüber hinaus aber wurden weitere Forderungen erhoben, die den Zweck haben, die Stoßkraft der proletarischen Einheitsfront zu stärken,

und in folgenden, einstimmig angenommenen Richtlinien einen Niedererschlag fanden:

1. Zurückziehung der Reichswehr aus dem Vogelland auf Verlangen der Arbeiterorganisationen.
2. Auflösung der Reichswehr und Bewaffnung der Arbeiterkraft unter Kontrolle der Arbeiterorganisationen.
3. Die Arbeiter ganz Mitteldeutschlands aufzurufen, mit Hilfe der Reichswehr die Generalstreik über ganz Deutschland zur Durchführung obiger Ziele zu propagieren.

Ferner wurde im Prinzip die Einsetzung eines fünfgliederigen Ausschusses zur weiteren Propagierung und zur Organisation der Arbeiterkraft als Vorort Gera benannt.

Wegen alle die Stellen, die es angeht, und vor allem die sächsische Regierung, aus dem Verlauf der Verhandlungen eine Lehre ziehen. Die Arbeiterkraft hat es endlich satt, sich mit Hoffnungen und leeren Versprechungen abgeben zu lassen. Daß es ein viel wirksameres Mittel gibt, Ruhe zu schaffen, als brutale Gewalt, beweisen die Verhältnisse in Gera, wo die Regierung in Gemeinschaft mit dem Aktionsausschuss arbeitet, und zwar, wie Herr von Brandenstein versicherte, zum Besten des Volkes und ohne daß die Regierung das Empfinden hat, von einer Nebenregierung beeinträchtigt zu sein.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Die Bölsade.

Das Vogelland ist nach den vorliegenden Meldungen ziemlich vollständig von Reichswehrruppen besetzt. Größere Zwischenfälle scheinen bisher nicht vorgekommen zu sein, die auf Böls, wo waffenabliefernde Arbeiter entzogen gegebener Zusage verhaftet wurden. Dazu wird uns sofort gemeldet, daß der größte Teil der Verhafteten bereits wieder aus der Haft entlassen wurde.

Böls selbst scheint wieder einmal entkommen zu sein. Ein neuer Beweis dafür, daß das Angebot gegen ihn unannehmlich war und seine Läten nur den Vorwand für reaktionäre Kreise lieferten, das Vogelland zu besetzen, um bei kommenden Militärputschen einen günstigen Boden zu haben. Die Regierung ist, gewiß nicht in dieser Hinsicht, den reaktionären Leuten entgegenkommend. Die Militärs erwiesen sich wieder einmal viel welchmühtiger als die Regierung. Es sollte uns nicht wundern, wenn Böls anderwärts wieder auftaucht, um erneut den Vorwand zu militärischer Befehls zu liefern. Folgende Meldungen liegen vor:

**Plauen, 14. April.** Auf seiner Flucht aus Auerbach ist Böls durch die Wälder bis Gottesgades gefahren und soll da verjagt haben, aber die Grenze zu kommen. Ob ihm dies gelungen ist, war noch nicht festzustellen.

**Dresden, vom Wehrkommando 4** wird über die Lage in Südwestfalen am 14. April berichtet:

Truppen unter Führung von Oberst von Schönfeld rückten am 14. April von Hof ins Vogelland ein. Sie haben jetzt Klingenthal, Pilsenitz und Plauen besetzt. In verschiedenen Klätungen wurden teilweise mit Pakstrafwagen Streifenunternehmungen ausgeführt, um die schwerbedrangte Bevölkerung von den böhschen Verbänden zu befreien. Perzentstrafwagen und Waffen des Böls wurden hierbei erbeutet.

In Delitzsch gelang es ferner, einen Mann der böhschen Bande festzunehmen, der Zahlungen empfangen für die von Böls in Plauen erreichten Gelder an die Bank von Klingenthal bei sich trug.

Weitere Truppen unter Führung des Obersten Bod von Wülfringen sind in der Gegend Burghausen und in Gera und Lützenitz durch die sächsische Regierung eingedrückt. Das Stadtgebiet von Chemnitz wurde nicht besetzt.

Von Teilen der bei Chemnitz verammelten Reichswehrruppen wurde heute die Gegend Burghausen und Ursprung-Neutirchen (Südwestlich Chemnitz) erreicht. Der Kommunist Radler in Gerauch hat gestern nachmittag gegen eine ihm leitende der dortigen Arbeiter angebotene Zahlung von 25.000 M. Gerauch mit 30 Mann seiner Anhänger verlassen. Ein Teil seiner Kameraden hat sich von ihm losgelöst und ist in Gerauch verblieben. In den letzten Tagen hatten Waffenversteckungen von Leipzig über Dartha nach Chemnitz und von dort nach Gerauch stattgefunden.

In Delitzsch wurde beim Einmarsch der Reichswehr ein Bandenleiter festgenommen, in dessen Besitz sich 30.000 M. befanden. Es steht noch nicht fest, ob es sich dabei um einen Teil der Beute des Böls handelt, die dieser in Höhe von einer Million Mark in Klingenthal von Fabrikanten unter Androhung ihrer Verhaftung oder des Niederbrennens der Fabriken erpreßt hatte.

**Gera, 16. April.** In der Nacht auf heute wurden in acht zwei Kommunisten angedacht, die die Grenze überschreiten wollten. Sie wurden von ungenannten Organen entwischt und im Lager von Plauen interniert. Kommunistische Abteilungen in Gera mit 200 Mann (?) befinden sich zu beiden Seiten der Straße von Klingenthal nach Marienhäusern. Sie sind außer mit Handgranaten mit etwa 20 Maschinengewehren bewaffnet. Unschwerfliche Truppenabteilungen längs der Grenze vorwärtend können den Uebertritt auf das Gebiet der Republik.

Das scheint eine igeu Schauermeditation zu sein, die sich stets überall als Lug und Trug und als gemeine Dehe entpuppt.

**Plauen, 16. April.** Von Jägergrün wurden gestern abend 120 Rotgardisten in zwei Eisenbahnwagen und ein Eisenbahnwagen mit Gewehren über Auer nach Delitzsch abtransportiert.

In Klingenthal haben sich die Fabrikanten freiwillig bereit erklärt, die Streiksfrage zu bezahlen. Man hofft, daß die Arbeit heute früh wieder aufgenommen wird.

### Böls' Zug gegen Auerbach.

Die Auerbacher Arbeiterwehr wurde am 13. April als bereit gehalten, weil die Befestigung bestand, daß Böls Erpressungen in Auerbach verheißt würde. Telephonisch wurde aus Klingenthal gemeldet, daß eine Reihe Autos des Böls im Anmarsch auf Auerbach seien, so daß rechtzeitige Vorbereitungen getroffen werden konnten. In der vierten Morgenstunde erschienen der erste Wagen, kurz darauf die folgenden vier, die mit perzentierten Leuten von Böls besetzt waren. In der Klingenthaler Straße wurden sie am Pferdebach von den Volkern der Arbeiterwehr, die durch eine zufällig angelangte Reichswehrräufte Unterstützung fand, durch Gewehrfeuer aufgehalten. Es gelang 10 Mann von den Rotgardisten festzunehmen. Auch die fünf Autos wurden ihnen abgenommen. Jeder der festgenommenen Banditen hatte über 1000 Mark bei sich. In Auerbach wollten sie ihre Taschen weiter füllen. Die Gefangenen wurden in das Auerbacher Rathaus eingeleitet. Kurz nach der Verhaftung trat eine Kompanie sächsischer Reichswehr ein, von den Häuten schließlich befreit. Die Truppen führen in der Richtung Jägergrün weiter. Im Jägergrün Wald entspann sich ein Gefecht, bei dem eine größere Anzahl Gefangener gemacht wurden. Bis hier wurden ungefähr 100 Mann der Rotgardisten verhaftet. Das Gefecht bei Jägergrün war in der letzten Morgenstunde noch im Gange. Ein Teil der böhschen Bande hatte in Klingenthal die Gewehre vernichtet und hatte aus Kleibungsangehörigen Anzüge geräubert, womit sie sich neu einkleideten. Böls hat mit einem Genossen seit dem Uebertritt nach Auerbach mit dem Stabsrat Samohl eine größere Geldsumme. Auch die Arbeiterwehr eintrat, waren die Häupter verschunden. Auch in der Wälder des Stabsrates Weingarten verjagt mehrere Leute die Garmentier einbrachten. Als ihnen das nicht gelang, zogen sie ab.

Aus Kautentanz bei Jägergrün wird berichtet, daß am Mittwoch früh ungefähr um 8 Uhr von der Reichswehr sieben jugendliche, schwerbewaffnete Rotgardisten festgenommen worden sind. Die Verhafteten hatten sogar in den Stiefeln Munition. Sie wurden ins Spitzhaus gebracht.

### Vom Saatenland in Sachsen

Nach einer vom sächsischen statistischen Landesamt herausgegebenen Uebersicht war zu Anfang dieses Monats der Saatenstand in Sachsen folgender: Winterweizen, Wintergerste und Winterroggen im allgemeinen mittel, Haaps, Auer und Auerer gut bis mittel, Weizen ebenfalls gut bis mittel. Die wänter trübsigen Saaten, die in unbedürftigem, durch die große Kälte im Februar aufschwemtem Boden standen, sind durch nachfolgende Kältejahre sehr gelichtet worden und wird von diesen auch noch ein Teil umgepflanzt werden müssen. Es läßt sich aber noch nicht übersehen, wie groß der Schaden ist, da die milde Witterung im März schon stellenweise eine Besserung der Verhältnisse gebracht hat. Vielen Saaten steht man auch den Anfang an Dinge an, die man hätte hier eine Kopplung von unter Wirkung sein, wenn die Düngemittel erhältlich wären und nicht in so hohen Preisen ständen. Der Winterweizen hat den Winter sehr besser überstanden als der Winterroggen. Die Frühjahrsbestellung ist bei ginstiger Witterung weit vorgeschritten, selbst in hohen Lagen ist ein Teil der Sommerfrühen schon bestellt.

**Burgstädt.** Gestern (Mittwoch) mittag rückte die Reichswehr in ziemlicher Stärke in Burgstädt ein und besetzte den Ort. Sie richtete sich häuslich in der Schule ein. Ob sie wohl nach Mäuerbänden suchte? Dann ist vergebliches Bemühen.

**Umbach.** Die sächsischen Kolonnen beschlossen die Gründung einer Einwohnerwehr, in die Mitglieder aller politischen Parteien eintreten können.

**Wühlau.** Die Reichswehr rückte gestern vormittag in unfern Ort ein, 1500 Mann stark.

**Rehndorf.** Gestern vormittag wurde unser Ort durch Reichswehr besetzt. 180 Mann und 88 Pferde werden die nie gestörte Ordnung aufrechterhalten.

## Aus der Umgebung Leipzigs.

### Bezirksverband Grimm.

Freitag und Sonnabend, den 16. und 17. April, kommen 125 Gramm gebackenes Fleisch — 80 Gramm für Kinder — zur Verteilung.

### Leipzig-Markleeberg. Gemeinderatsführung.

Die Ortsstelle Leptz aus dem Sandesamtbezirk Gauß wird vom Gemeinderat nicht gewollt. Die nach Gauß gegebenen Anrechnungen auf Ausgestaltung stammen aus früheren Jahren vom alten Gemeinderat. Zum Besuss des Gemeindefest in Dresden wurde neben dem Vorstand Genosse Hermann Gerhardt gewählt. Die Erweiterung und Verschönerung des Parkgebietes in Markleeberg ist in vollem Gange. Die erheblichen Mittel für Schranke, Turngeräte und Spiele, wurden einstimmig bewilligt. Nach Fertigstellung dürfte das Bad schon infolge der freien Lage an den schönsten Bäch, Luisen- und Wasserlädern Leipzig und der Umgebung gehören. Die Amtshauptmannschaft wünscht, daß für Kriegsbeschädigte (Amputierte) besondere Badeeinrichtungen geschaffen werden könnten. Dies läßt sich aber nicht einrichten, doch soll den Kriegsbeschädigten bei Bedarf Hilfe bereitwilligst gewährt werden. Den Gemeindefestern und Marksandbardeitern werden die Streifenfrage besetzt. Eine größere Debatte entspann sich über die Wohnfrage. Gebaut kann nicht werden. Die schönen Wänter und Besetzungen müssen vorläufig in der Schulaube bleiben. Die Kosten sind für die Gemeinde unerschwinglich. Ein herrliches Bild aus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung: die Menschen können sich keine Wohnungen mehr bauen!

**Schleibitz.** Der Hausbesitzer Benzel in Schleibitz — er arbeitet zuerst als Maurer in den Binn- und Außen — hat seinen Mieter durch einen Rechtsanwalt unter Androhung der Klage mittelfest lassen, daß sie unverzüglich ihre Zinsen abzugeben hätten. Schleibitz ist nicht etwa eine Großstadt, sondern ein Dorf, und Benzel nicht etwa ein Millionär, sondern ein Eigentümer eines Markthauses. Die Bandendwoner werden immer glücklicher, daß sie sich durchhalten von Kleinvieh ihre wirklich schwere Lebenshaltung erleichtern können. Wären die Hausbesitzer auf dem Lande alle so schneibitz wie der Maurer Benzel, so wäre es schlimm bestellt. Böhs bedauerlich ist es, daß ein Arbeiter den andern so schikanieren. Wo bleibt das Sozialistengesicht?

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die neuen Mitglieder in den Gewerkschaften.

Unter der Ueberschrift „Gewerkschaften und neue Mitglieder“ bringt die „Democrat“ in seiner Nummer 40 vom 12. März folgenden, dem International Workers' Journal entnommene Ausführungen, die nicht nur auf England und die Vereinigten Staaten zutreffen:

Jeder Teil der menschlichen Tätigkeit ist durch das Ergebnis des Krieges von Grund aus beeinflusst worden. Besonders die Gewerkschaftsbewegung ist gezwungen, sich neuen Fragen zuwenden, von denen einige nicht schon in einem Tage gelöst werden können. In mehr als einem europäischen Lande vergrößerte sich die Mitgliederzahl der Gewerkschaften während des Krieges und noch mehr nach dem Waffenstillstand. Der Zuwachs der Mitgliederzahl namente meistens von solchen, die vor dem Kriege nicht genügt waren, an der Verantwortlichkeit der Gewerkschaften teilzunehmen oder ihren Beitrag an dem allgemeinen Säckel zu leisten, aus dem die Gewerkschaften ihre gesunden Ausgaben bestreiten.

Man hat uns mitgeteilt, daß einige Gewerkschaften auf dem Westlande jetzt einen ziemlich hohen Mitgliederstand haben als vor dem Kriege, und daß diese neuen Mitglieder überaus sind, daß sie viel besser geeignet sind, zu wissen, wie die Gewerkschaften arbeiten müssen, als diejenigen, die schon vor dem Kriege Gewerkschaftler waren. Auf der Seite derer, die außerhalb der Gewerkschaften standen, herrscht die Ansicht vor, alles besser zu wissen und den Mut und die Beharrlichkeit derer in dem Wind zu schlagen, die schon seit Jahren Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie haben das Bestreben, alle gesammelten Erfahrungen neuzeitlichen, die die Gewerkschaften mitksam erlernen haben, und die Organisation in Bewegungen stärken, von denen erfahrenere Gewerkschaftler wissen, daß sie selbständiger sind.

Es kann auch in der Gewerkschaftsbewegung eine zu schnelle Organisation geben, ebenso wie es im Jahre eine zu schnelle Refrutierung geben kann. Große Zahlen können denoffenwoh Schwäche wie Stärke bedeuten; Zahlen fallen nur dort ins Gewicht, wo eine genügend disziplinäre Organisation vorhanden ist, um die Massen zu befehlen, unter welcher Leitung zusammenzuwirken.

Der Gewerkschaftler wird nicht in einem Tage gemacht, auch nicht in einer Woche. Dazu gehört noch etwas mehr als die Aufnahme und die Unterweisung der Mitglieder. Die Gefahren, die das schnelle Anwachsen der Mitgliederzahl zur Folge hat, haben sich schon hier und in Amerika gezeigt, wo große Massen von Leuten, selber so sehr von ungewerkschaftlichem Gespiste erfüllt waren, daß sie abgenutzt waren, Beiträge zu zahlen und sich der Gefahr einer Wäkreneung aussetzen, nimmende jedoch Gewerkschaftsmitglieder geworden sind, nachdem Verträge mit der Regierung oder mit Behörden ihnen Gehalt gegen Entlohnungen gewährteisten im Bereich mit den durch Tarifverträge bedeutend verbesserten Arbeitsbedingungen.

Weber in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschaftler bereitigen würde, trotzdem von der Handlungswelt abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn diejenigen, die jetzt unter leichteren und unerschwerteren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verpflichten zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückselige Unternehmungen führen.

### Vom Eisenbahnstreik in Nordamerika.

**Newport, 18. April.** (Newer.) Infolge Unterbindung der Zufuhr von Kohlen durch den Eisenbahnstreik sind in Newport (sahungswelke 160000, in Detroit 100000 Arbeiter arbeitslos. Im Westen ist die Lage unabweisbar; im Osten hat die Zahl der Arbeitslosen zugenommen. Wänter hat ein Eisenbahn-Arbeiteramt eingeleitet, das sofort in Washington zusammenzutreten und die Beschwärden der Unzufriedenen unteruchen soll.

### Briefkasten der Redaktion.

B. N. 21. Ist nicht zulässig. — 50 Fl. für die Parteilasse. B. 100, Ungeliebert. Und ist von einer bezüglichen Anfrage nicht bekannt. Wiederholen Sie die Frage!

A. W., Großschäfer. Wenn Sie sich nicht verträglich gestalten, oder beim Abschluß des Mitgliederamtens eine Zustimmung des Verwalters erlangen haben, ist ein rechtsverbindlicher Einspruch nicht möglich.



